

Nachrichten

aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Nr. 77, Dezember 2019



Aus dem Inhalt:

- Staatsministerin für Digitales Gerlach besucht die Staatlichen Archive (S. 6)
- e-learning-Modul „Kleine Archivalienkunde“ freigeschaltet (S. 11)
- Verzeichnis der Nachlässe im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (S. 18)
- Vereinbarung Notfallverbund Landshut unterzeichnet (S. 44)

Inhalt

Aktuelles

Staatsarchiv Nürnberg wird saniert.....	5
Staatsministerin für Digitales Judith Gerlach besucht die Staatlichen Archive Bayerns.....	6
Verleihung der Adalbert-Stifter-Medaille an Ingrid Sauer.....	7
Verleihung der Medaille „Für Verdienste im Tschechischen Archivwesen“ an Generaldirektorin Dr. Margit Ksoll-Marcon.....	9

Fundstücke

Dauerleihgabe aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv im Bundestag	10
--	----

Archive Digital

e-learning Modul „Kleine Archivalienkunde“ freigeschaltet....	11
---	----

Ausstellungen

Revolution! – Ausstellung zur Räterepublik im Staatsarchiv Würzburg	13
Ausstellung „Staatliches Bauen in Oberfranken – eine Skizze“ im Staatsarchiv Bamberg.....	15
Ausstellungen im Staatsarchiv Coburg.....	16

Veranstaltungen

Verzeichnis der Nachlässe im Bayerischen Hauptstaatsarchiv vorgestellt	18
Coburg feiert Albert und Victoria – das Staatsarchiv feiert mit	19

Archivpflege

Rückgabe eines Gemeindepots an die Gemeinde Untrasried	20
Archivalien der Altgemeinde Haundorf an das Stadtarchiv Herzogenaurach übergeben.....	21
Archivtag Donau-Ries und Rückgabe von Gemeindepots	22

Schriftgutverwaltung

Akquise von Schriftgut von Verbänden, Vereinen und Körperschaften des öffentlichen Rechts für das Bayerische Hauptstaatsarchiv	23
--	----

Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Nachlass Anneliese Knoop-Graf erschlossen	24
Nachlass Friedrich Weber erschlossen	25
Nachlass Raimund Graf, Geschäftsführer des Bundes der Landwirte in der Tschechoslowakei, erschlossen.....	25
Ende einer Wissenschaftsorganisation – die AHF im Archiv ...	27
Ein Schatz der Ortsnamenforschung – die „Förstemann-Kartei“	27

Staatsarchiv Amberg

Erwerb des Familienarchivs Kohl.....	30
Neuerwerbung: Lohnbuch der Hammerschmiede Traidendorf ...	31

Staatsarchiv Augsburg

Bestand Reichsstadt Nördlingen Urkunden neu formiert	32
--	----

Staatsarchiv Bamberg

Bibra zu Adelsdorf und Pölnitz zu Aschbach – zwei neue Adelsarchive im Staatsarchiv Bamberg	35
---	----

Staatsarchiv München

Fischerhütte, Bootshaus, Badepalast – neu erschlossene Baupläne und Baugenehmigungen rund um den Starnberger See	36
Bestand Bezirksfinanzdirektion München III provenienzbereinigt und erschlossen	39

Bestandserhaltung

Amtsbücher der Staatsarchive Nürnberg, Bamberg und Würzburg erhalten passgenaue Verpackungen.....	40
---	----

Notfall- und Katastrophenvorsorge

Notfallbeauftragte der Staatlichen Archive Bayerns treffen sich in Augsburg	42
Vereinbarung Notfallverbund Landshut unterzeichnet.....	44

Aus- und Fortbildung

Besuch im Nationalarchiv der Tschechischen Republik	46
Modul des Zertifikatskurses Provenienzforschung im Staatsarchiv Würzburg.....	48
Archivausbildung für die 2. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft, fachlicher Schwerpunkt Archivwesen hat begonnen.....	49

Personalia und Internia

Dr. Ksoll-Marcon neuer Vor-
stand des Beirats des Hauses
der Bayerischen Geschichte..... 50

Untergärig oder obergärig?
Das ist hier die Frage 50

7,4 km, 38° C und sieben
Würzburger Archivare beim
Firmenlauf WUE2RUN@..... 51

Neue Veröffent- lichungen

Fortsetzung des Reichs-
kammergerichtsinventars:
Band P und Q erschienen..... 52

Alle „Nachrichten aus den
Staatlichen Archiven Bayerns“
seit 1971 online 53

Neue Veröffentlichungen..... 53

Terminvorschau

Impressum

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

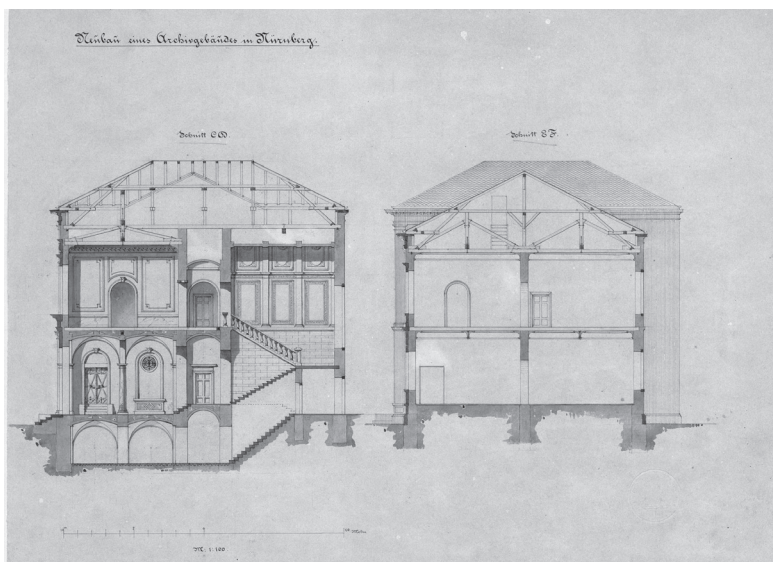
Aktuelles

Staatsarchiv Nürnberg wird saniert

Anlässlich der bevorstehenden Generalsanierung der Archivgebäude an der Archivstraße in Nürnberg wird das Staatsarchiv Nürnberg zum Jahresbeginn 2020 bis voraussichtlich 1. September 2020 geschlossen. In dieser Zeit werden alle Bestände an vier Standorte (Außenstelle Lichtenau, Staatsarchive Augsburg und Landshut, Landeskirchliches Archiv der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Nürnberg) gebracht. Die Mitarbeiterinnen und

über 29.000 Laufmetern an Archivalien. Der Umzug findet bewusst in der kälteren Jahreszeit statt, damit die Archivalien bei der Einlagerung eine kühlere Temperatur aufweisen und das empfindliche Magazinklima an den Ausweichstandorten nicht beeinträchtigt wird. Während des Umzugs sind die Bestände nicht benutzbar.

Die Auslagerung des Archivguts geht folgendermaßen vor sich: Die Außenstelle Lichtenau des Staatsarchivs Nürnberg wird zunächst teilweise geräumt,



Schnittzeichnung aus den Planungsunterlagen für den Neubau eines Archivrgebäude in Nürnberg, 1876 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Oberste Baubehörde, Karten und Pläne 5380).

Mitarbeiter ziehen in Büroräume in Nürnberg um. Nach dem Auszug erfolgt der Benützungsbetrieb an den unterschiedlichen Standorten.

Der Gebäudekomplex an der Archivstraße wurde im Jahr 1880 errichtet und ist damit der älteste Archivzweckbau Bayerns. Nach schwerer Beschädigung am Ende des Zweiten Weltkriegs und baldigem Wiederaufbau stellte sich vor wenigen Jahren heraus, dass die Bausubstanz im Laufe der vergangenen Jahrzehnte sehr stark gelitten hatte. Darüber hinaus entspricht das Gebäude nicht mehr den fachlichen Standards zur dauerhaften Lagerung wertvollen Kulturguts. Mit der Bewilligung der Haushaltsmittel für die Sanierung des denkmalgeschützten Objekts beginnt die Verlagerung von



Staatsarchiv Nürnberg heute (Foto: Peter Litvai, Atelier für Fotografie, Landshut).

damit aus Nürnberg die umfangreichen Kataster (1.550 Laufmeter) und die Baugenehmigungsakten der mittelfränkischen Landratsämter (2.300 Laufmeter) dorthin verbracht werden können. Damit wird die Außenstelle in der Nähe von Ansbach zu einer Art „Grund- und Boden-Archiv“ aufgewertet.

Dank noch freier Kapazitäten im Landeskirchlichen Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, das 2013 in der Veilhofstraße in Nürnberg einen Neubau erhalten hat, werden dort die Bestände bis zum Jahr 1806 gelagert. Dies ist neben 90.000 Urkunden die Überlieferung der Reichsstadt Nürnberg, des Fürstentums Brandenburg-Ansbach, des Hochstifts Eichstätt und des Deutschen Ordens.

Die Überlieferung aus dem 19. und 20. Jahrhundert wird in die Staatsarchive Augsburg und Landshut verbracht. In Augsburg konnte 2016 ein Magazinneubau eingeweiht werden, der für die Überlieferung staatlicher Behörden im Regierungsbezirk Schwaben Magazinkapazitäten für die nächsten 20 bis 30 Jahre bietet. Diese Kapazitäten können übergangsweise mit Archivgut aus Nürnberg belegt werden. Ebenfalls im Jahr 2016 wurde in Landshut für den Regierungsbezirk Niederbayern ein neues Archivgebäude eröffnet. Auch hier können die für den in den nächsten Jahren anstehenden Zuwachs reservierten Flächen zwischengenutzt werden. Etwa 15 Regalkilometer Archivgut werden nach Augsburg verbracht, darunter insbesondere die Überlieferung der Inneren Verwaltung, der Kriegsverbrecherprozesse und einige Adelsarchive. Nach Landshut kommen Bestände aus den Bereichen Justiz und Finanz sowie die Karten- und Plansammlung. Damit sind die Platzreserven in den Staatsarchiven Augsburg und Landshut im Wesentlichen ausgeschöpft.

Der Standort Nürnberg, Archivstraße 17 wird für mehrere Jahre Baustelle sein. Wenn alles nach Plan läuft, ist der Wiedereinzug in ein generalsaniertes Staatsarchiv Nürnberg im Jahr 2025 vorgesehen.

Über die Homepage der Staatlichen Archive Bayerns werden Informationen zur Benützung der ausgelagerten Bestände bekannt gegeben: <https://www.gda.bayern.de/nuernberg/>

Peter Fleischmann

Staatsministerin für Digitales Judith Gerlach besucht die Staatlichen Archive Bayerns

Mit Beginn der Legislaturperiode wurde das Bayerische Staatsministerium für Digitales zum 1. November 2018 im Zuge der Regierungsbildung neu gegründet. Frau Staatsministerin Gerlach, MdL folgte am 6. September 2019 einer Einladung von Generaldirektorin Dr. Ksoll-Marcon zum Besuch der staatlichen Archive. In einem Überblick wurde der Bogen gespannt von der ältesten Urkunde, die das Bayerische Hauptstaatsarchiv verwahrt, aus dem Jahr 794 von Kaiser Karl dem Großen bis hin zu digitalen Datenträgern ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Themen wie der Erhalt von Infor-

mationen, die Lagerung und Zugänglichmachung von Archivgut wurden angesprochen. Vor allem aber wurden Abgaben digitaler Unterlagen von Behörden an das Digitale Archiv der Staatlichen Archive Bayerns und die Anstrengungen im Zusammenhang mit deren Übernahme, dauerhaften Lesbarhaltung und Zugänglichmachung thematisiert. Ein Beispiel aus der analogen Überlieferung waren die Unterlagen der Bayerischen Staatskanzlei zur Verleihung des Bayerischen Verdienstordens an den Großvater von Frau Staatsministerin im Jahr 1980. Anhand zweier Beispiele für digitale Archivierung – der Übernahme großer Datenmengen von personenbezogenen Informationen aus dem Personalverwaltungssystem VIVA und der Übernahme elektronischer Akten aus der Fabasoft eGov-Suite – wurde die Notwendigkeit eines engen Zusammenwirkens von abgebender Stelle und staatlichen Archiven im Hinblick auf die Programmierung von Export- und Importschnittstellen sowie die Notwendigkeit von Standards zur Kostenminimierung besprochen. Anhand von Forschungsdaten aus dem Forstbereich wurde vorgeführt, dass eine mögliche Archivierung gleich bei der Projektplanung mitgedacht werden muss, um die Daten zum Zeitpunkt der Abgabe an das Archiv noch lesen zu können. Bemerkte sei an dieser Stelle, dass es sich beim Digitalen Archiv der Staatlichen Archive Bayerns um eine Basiskomponente im IT-Bebauungsplan des Freistaates Bayern handelt.

Die Staatlichen Archive Bayerns kommen ihrem gesetzlich festgelegten Beratungsauftrag auch für die digitale Schriftgutverwaltung in breitem Umfang nach. Ihre fachliche Expertise speist sich u.a. aus eigenen Erfahrungen mit der Arbeit in der e-Akte. Seit dem Jahr 2011 arbeiten sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der staatlichen Archive mit der Fabasoft eGov-Suite. Darüber zeigte sich Frau Staatsministerin Gerlach sehr beeindruckt. Nach wie vor sind die staatlichen Archive die einzige Fachbehörde, die flächendeckend elektronisch arbeitet. Die Archive implementieren selbst eGovernment-Lösungen und bieten in zunehmendem Maße digitale Services an. Am 4. November konnte das Gespräch auf Arbeitsebene mit Frau Ministerialrätin Carolin Stimmelmayer, als Referentin im Staatsministerium für Digitales zuständig für Digitale Verwaltung, Onlinezugangsgesetz und e-Government-Gremien, und Kolleginnen und Kollegen fortgesetzt werden.

Margit Ksoll-Marcon



Staatsministerin für Digitales Judith Gerlach, MdL und Generaldirektorin der Staatlichen Archive Dr. Margit Ksoll-Marcon
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Verleihung der Adalbert-Stifter-Medaille an Ingrid Sauer

Im Rahmen des 70. Sudetendeutschen Tags in Regensburg fand am 8. Juni 2019 ein sudetendeutscher Volkstumsabend statt, moderiert von der Heimatpflegerin der Sudetendeutschen, Dr. Zuzana Finger. Bei dieser Veranstaltung wurde Ingrid Sauer M.A., im Bayerischen Hauptstaatsarchiv zuständig für das Sudetendeutsche Archiv, für ihre Verdienste um den Erhalt des kulturellen Erbes der Sudetendeutschen geehrt. Aus den Händen von Sylvia Stierstorfer, Landtagsabgeordnete und Beauftragte der Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, nahm Frau Sauer die Adalbert-Stifter-Medaille in Empfang. Die Auszeichnung wird an Personen oder Gruppen vergeben, die sich in besonderer Weise um das kulturelle Leben der

sudetendeutschen Volksgruppe verdient gemacht haben. Wie aus der vom Bundeskulturreferenten der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Wolf-Dieter Hamperl, und dem Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt, unterzeichneten Urkunde hervorgeht, erhielt Frau Sauer die Medaille vor allem für ihre Verdienste um das Sudetendeutsche Archiv, also ihren äußerst engagierten Einsatz für die Übernahme von Nachlässen und von Sammlungsgut (z.B. Heimatstuben) sowie für die Erschließung der bereits archivierten Bestände. Vollkommen zu Recht hob Frau Stierstorfer die Geehrte als „zentrale Stütze des Gedächtnisses der Sudetendeutschen Volksgruppe“ hervor. Als wichtige Ansprechpartnerin der ersten Stunde hat Frau Sauer dem Sudetendeutschen Archiv seine besondere Stellung über viele Jahre hinweg mit erarbeitet. Seit 2007, als das Archiv vom Sudetendeutschen Verein e.V. unter Eigentumsvor-



Übergabe der Adalbert-Stifter-Medaille an Ingrid Sauer M.A. durch Sylvia Stierstorfer, MdL (links) und Dr. Zuzana Finger (rechts) (Foto: Manfred Gischler).



Adalbert-Stifter-Medaille und Urkunde (Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

behalt an das Bayerische Hauptstaatsarchiv übergeben wurde, steht es allen interessierten Forscherinnen und Forschern gemäß den Bestimmungen des Bayerischen Archivgesetzes zur Benützung zur Verfügung. Durch die Übernahme des Sudetendeutschen Archivs in staatliche Obhut sowie durch dessen kontinuierlichen weiteren Ausbau demon-

triert der Freistaat Bayern einmal mehr die besondere Bedeutung, die die Sudetendeutschen und ihre Kultur in Bayern einnehmen.

Bernhard Grau

Verleihung der Medaille „Für Verdienste im Tschechischen Archivwesen“ an Generaldirektorin Dr. Margit Ksoll-Marcon

Der Innenminister der Tschechischen Republik Jan Hamáček verlieh der Generaldirektorin der Staatlichen Archive Dr. Margit Ksoll-Marcon die Medaille „Für Verdienste im Tschechischen Archivwesen – Za zásluhy o české archivnictví – De re archivistica bene meritis“. Am 1. Oktober 2019 wurde die Medaille in Prag feierlich übergeben. Damit würdigte die Tschechische Republik das mittlerweile zehn Jahre währende persönliche Engagement für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bayerischer und tschechischer Archive, die mit der Entstehung der Quellenplattform Porta fontium (<http://www.portafontium.eu/>) ihren sichtbarsten Ausdruck fand. Ebenfalls mit der Verdienstmedaille ausgezeichnet wurden die an allen gemeinsamen Projekten mitwirkenden tschechischen Archivleiter Mgr. Karel Halla (Kreisarchiv Eger) und Mgr. Milan Augustin (Kreisarchiv Karlsbad).

Andreas Nestl



V.l.n.r.: Direktor der Archivverwaltung der Tschechischen Republik PhDr. Jiří Úlovec, Prag, Staatssekretär im Innenministerium Mgr. Jiří Kaucký, Prag, Generaldirektorin der Staatlichen Archive Dr. Margit Ksoll-Marcon, München, Tschechischer Vize-Innenminister für den Staatsdienst RNDr. Josef Postránecký, Tschechischer Vize-Innenminister für die Legislative, Staatsverwaltung und Kommunale Selbstverwaltung JUDr. PhDr. Petr Mlsna, PhD
(Foto: © MVČR Hynek Mojžíš).



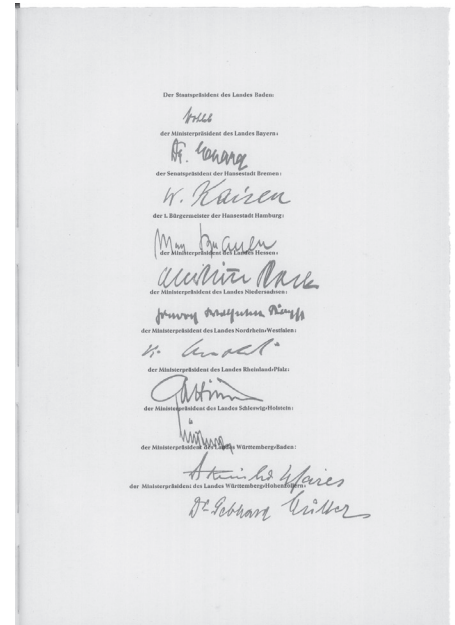
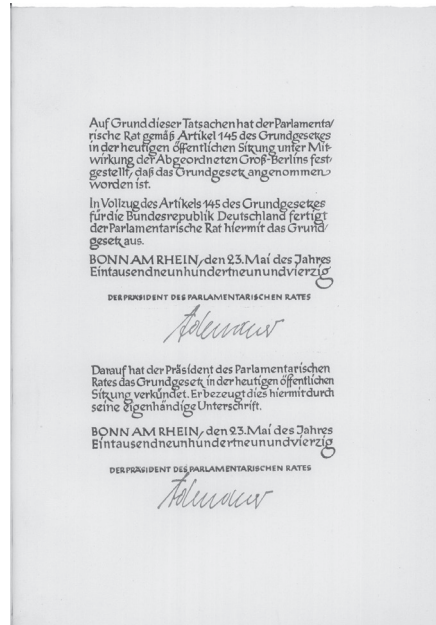
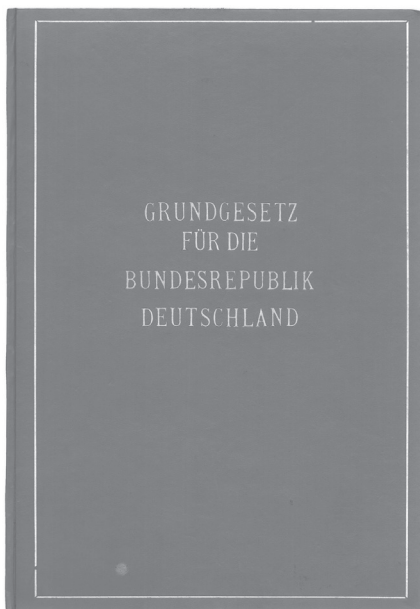
Fundstücke

Dauerleihgabe aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv im Bundestag

Wenn die Abgeordneten des Deutschen Bundestags ihren Weg durch die West-Lobby des Reichstagsgebäudes nehmen, kommen sie seit kurzem an einer Tischvitrine vorbei, die unter ihrer gläsernen Haube ein aufgeschlagenes Faksimile des Grundgesetzes birgt. Dieses Stück stammt aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv, genauer aus dem Nachlass von Anton Pfeiffer. Die darin enthaltenen Mehrfachexemplare des Grundgesetz-Faksimiles wurden in einen Mischbestand politisch-gesellschaftlich bedeutender Dokumente eingereiht (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Sammlung Varia 1826/1; vgl. Nachrichten Nr. 72/2017, S. 52–53). Einer der Bände wurde dem Deutschen Bundestag als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt und wird dort seither öffentlich präsentiert.

des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, der Minister-, Staats- bzw. Senatspräsidenten und 1. Bürgermeister der Länder sowie aller an der Entstehung des Grundgesetztextes beteiligten Frauen und Männer tragen. Das schwarz-rot-goldene Einmerkband markiert die Seite mit Art. 56 GG, der Eidesformel für Bundespräsident und Bundeskanzler. Zu deren Vereidigung kommt das Original noch regelmäßig zum Einsatz.

Beim Ablegen des Amtseides durch die Bundesminister wird dagegen häufig ein Faksimile des Grundgesetzes verwendet. Die Praxis, von diesem bedeutenden Dokument eine Serie von Faksimiles herstellen zu lassen, setzte bereits unmittelbar nach Inkrafttreten des Grundgesetzes ein: Schon im Juni 1949 wurde die Druckerei Rudolf Stodieck in Bonn, die bereits das Original exemplar gedruckt hatte, beauftragt, insgesamt 310 Exemplare in zwei verschiedenen Formaten zu produzieren. Diese wurden dann an die Mitglieder des Parlamen-



Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Sammlung Varia 1826/1 (Fotos: Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Das Original des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 1949 wird im Archiv des Deutschen Bundestags verwahrt. Ein hellbrauner Ledereinband umfängt die nur gut 50 Seiten aus Büttenpapier, deren letzte Blätter die Unterschriften des damaligen Präsidenten

tarischen Rates sowie – stets streng limitiert – an Ehrengäste des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers sowie an Ländervertreter und Alliierte vergeben. Auch in den folgenden Jahrzehnten wurden weitere Faksimiles in Auftrag gegeben und etwa anlässlich der zwanzigjährigen Zugehörigkeit

zum Deutschen Bundestag oder an Mitglieder der Bundesversammlung verteilt.

Dass nun ausgerechnet Anton Pfeiffer (1888–1957) über eine so außergewöhnlich umfangreiche Sammlung von über 20 Faksimile-Exemplaren aus der ursprünglichen Serie von 1949 verfügt hat, ist kein Zufall. In der Weimarer Zeit Landtagsabgeordneter für die BVP, wurde der studierte Lehrer 1945 zum Leiter der Bayerischen Staatskanzlei berufen, die er (mit kurzer Unterbrechung 1946 als Bayerischer Staatsminister für Sonderaufgaben) bis 1950 leitete; in dieser Funktion verantwortete er 1948 auch den Verfassungskonvent von Herrenchiemsee, zu dessen Vorsitzendem er gewählt wurde. Er war sowohl Mitglied der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung als auch des Parlamentarischen Rates und damit gleich mehrfacher „Verfassungsvater“. Schließlich leitete er bis 1952 die Abwicklungsstelle des Parlamen-

tarischen Rates und gelangte sicherlich in dieser Funktion in den Besitz der Faksimiles, die wohl zur treuhänderischen Weitergabe gedacht waren. Genau diese Intention hat nun das Bayerische Hauptstaatsarchiv erfüllt und dem Deutschen Bundestag aus dem Nachlass gerne ein Exemplar des Faksimiles zur Verfügung gestellt. Als Gruß aus dem Freistaat an die Bundeshauptstadt und die dort wirkenden Parlamentarier findet die von Anfang an nicht ganz friktionsfrei verlaufene Dreiecksbeziehung zwischen Grundgesetz, dem Freistaat Bayern und der Bundesrepublik Deutschland mit dieser Dauerleihgabe also zumindest im Kleinen eine versöhnliche Fortsetzung.

Thomas Paringer

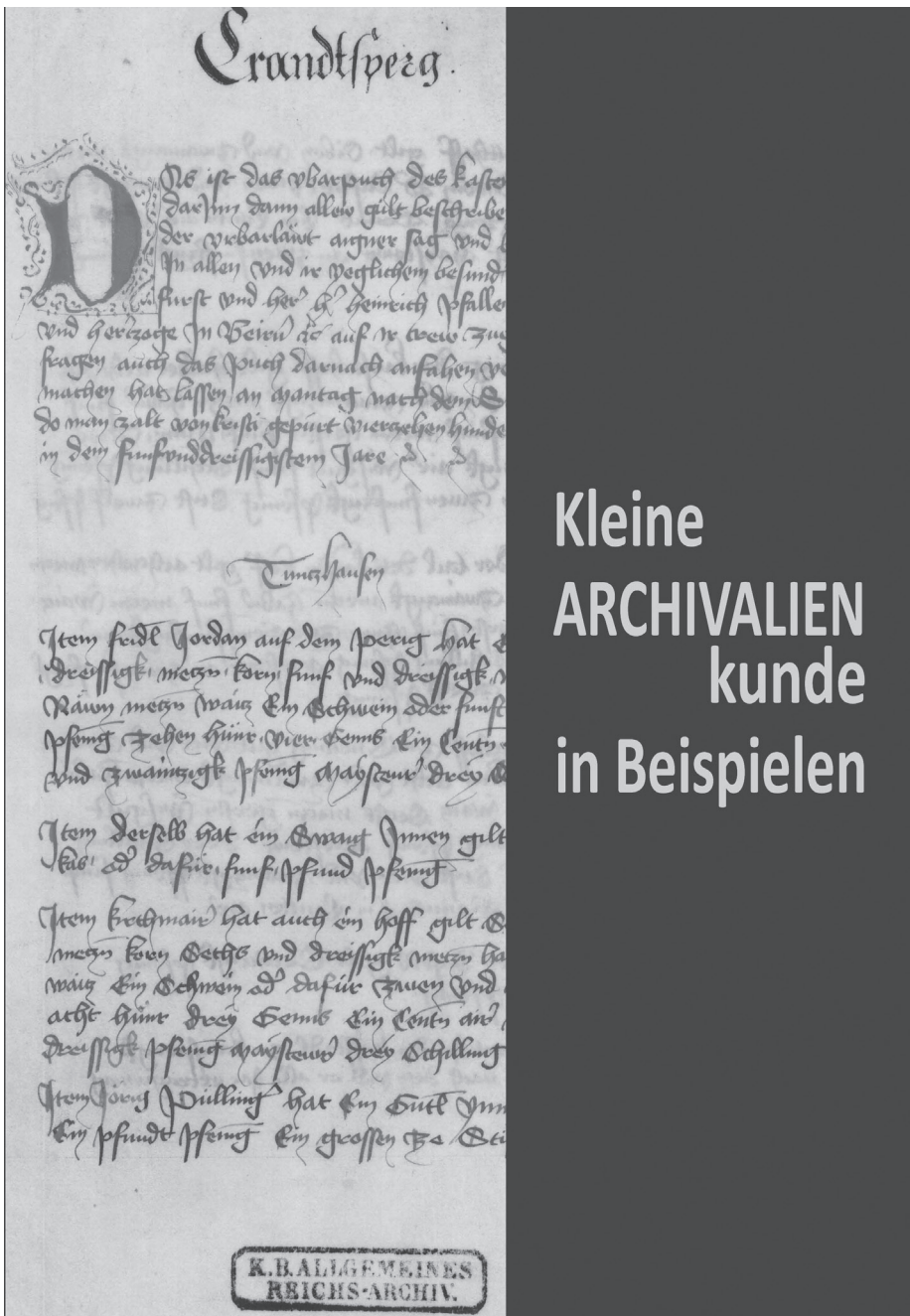
Archive Digital

e-learning Modul „Kleine Archivalienkunde“ freigeschaltet

Mit ihren digitalen Angeboten wollen die Staatlichen Archive Bayerns Personen aller Altersgruppen für Archive, deren Arbeitsweisen sowie die verwahrten Archivalien begeistern. Archive haben im Gegensatz zu Museen und Bibliotheken keine Schausammlungen. Für den Zugang zum Archivgut sind analoge oder digitale Findbehelfe und oft die kundige Einweisung durch einen Archivar nötig. Das gewünschte Stück muss also zunächst lokalisiert und bestellt werden und kann erst dann in einem dafür vorgesehenen Bereich eingesehen werden. Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten haben meist keine Vorstellung, was ein Archiv im klassischen Sinn überhaupt ist und wofür man es braucht. Zudem wissen viele – auch Lehrende – nicht, was in einem Archiv verwahrt wird. Eine weitere Hürde ist die Zeit – Zeit wird in Schule und Universität immer knapper, die Taktung enger.

Archive und die Art, mit den Benutzerinnen und Benutzern zu interagieren, wandeln sich derzeit sehr stark. Aus der reinen Bereitstellung von analogen und digitalen Quellen erwächst eine neue Zusam-

menarbeit. Für die Staatlichen Archive Bayerns bedeutet das, dass neben den Quellen auch eine Plattform im digitalen Raum geboten werden soll. Eine Plattform, um mit und an den Quellen zu lernen, zu üben und zu forschen. Budget, personelle Ausstattung und Infrastruktur bedingen hier ein schrittweises Vorgehen und viele vorbereitende Prozesse im Hintergrund. Erste Schritte – neben dem Ausbau der Findmitteldatenbank – sind in nach außen sichtbarer Weise gemacht: Zum Europäischen Kulturerbejahr 2018 entstand das Modul „Schulen entdecken Archive“. Als digitales Lernmaterial für „Jedermann“ wurde am 4. Juli 2019 die „Kleine Archivalienkunde“ (www.gda.bayern.de/archivalienkunde) ergänzend zur bestehenden „Digitalen Schriftkunde“ auf der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns freigeschaltet. Generaldirektorin Dr. Margit Ksoll-Marcon begrüßte die Gäste und umriss die digitale Strategie der staatlichen Archive. Sie stellte heraus, dass mit aktuell 3,5 Millionen verfügbaren Images auf der Homepage der staatlichen Archive bereits ein wichtiger Meilenstein erreicht sei. Diese große Zahl entspräche jedoch gerade einmal 100.000 von 47 Millionen in den staatlichen Archiven verwahrten Archivalien. Jede Form der digitalen Zugänglichkeit bleibt immer nur ein Ausschnitt des reichhaltigen kultu-



Umschlag „Kleine Archivalienkunde in Beispielen“ (Gestaltung: Karin Hagendorn, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns).

rellen Erbes, das die Archive bewahren. In seinem Grußwort betonte Richard Rongstock, Koordinator Digitale Bildung der Fach- und Berufsoberschulen Nordbayern, die Bedeutung von Archiven für den Unterricht an bayerischen Schulen. Er plädierte für Archivbesuche, entdeckendes Lernen und die Abkehr von einer „Osterhasenpädagogik“.

Kleine ARCHIVALIEN kunde in Beispielen

Humanities der Universität Passau, die universitäre Sicht auf die digitalen Angebote der Archive vor. Die lebhaft geführte Schlussdiskussion zeigte, dass mit der „Kleinen Archivalienkunde“ ein gar nicht so kleiner Schritt in die richtige Richtung gemacht wurde.

Laura Scherr

Inhaltlich erarbeitet wurde die Archivalienkunde von Prof. Dr. Joachim Wild, dem ehemaligen Direktor des Hauptstaatsarchivs und langjährigem Dozenten an der Bayerischen Archivschule. Prof. Wild legte bei der Präsentation dar, für wen die „Kleine Archivalienkunde“ gedacht ist und wodurch sie sich von anderen im Netz verfügbaren Angeboten unterscheidet. Dr. Julian Holzapfl stellte die digitalen Lernangebote der staatlichen Archive vor und erläuterte, wie sich Schriftkunde und Archivalienkunde ergänzen. Dr. Laura Scherr ging auf das archivpädagogische Angebot der staatlichen Archive ein. Archive bieten ihre Fachkompetenz, ihr Know-How, brauchen aber Partner, die sie unterstützen und vor allem ihre eigenen Wünsche und Anliegen mitteilen. Diese Partner sind Schulen und andere Bildungsinstitutionen, insbesondere die Universitäten. Mit Lehrstühlen in Regensburg und Passau bestehen bereits Kooperationen, weitere Kooperationen sind in Arbeit. Stellvertretend für die universitären Partner stellte Prof. Dr. Malte Rehbein, Lehrstuhl für Digital

Ausstellungen

Revolution! – Ausstellung zur Räterepublik im Staatsarchiv Würzburg

Zum 100. Mal jährte sich 2018/19 der Übergang Bayerns von der Monarchie zur Demokratie, aber auch der Versuch, hierzulande eine sozialistische Räteherrschaft zu etablieren. Gerade in Würzburg machten sich diese Entwicklungen bemerkbar. Unter dem Ausstellungstitel „Revolution!“ griffen Stadtarchiv und Staatsarchiv Würzburg das Thema auf. Schon im November 2018 präsentierte das Stadtarchiv eine Tafelausstellung zu den Geschehnissen in Würzburg und Bayern. Ausgewähl-

Die Würzburger Residenz, damals wie heute Sitz des Staatsarchivs, war Anfang April 1919 auch Tagungsort des zwölköpfigen Revolutionären Aktionsausschusses (RAA) und somit Zentrum des revolutionären Geschehens. Die Ausstellung zeigte unter anderem das in einem Akt der Staatsanwaltschaft Würzburg überlieferte originale Protokollbuch des Aktionsausschusses (Schriftführer: Valentin Hartig) sowie eine Vielzahl an Plakaten und Flugblättern, über die die Revolutionäre versuchten, die Stimmung in der Stadt zu steuern und die Bevölkerung über die Geschehnisse zu informieren. Akten der unterfränkischen Landratsäm-



V.l.n.r.: Christina Oikonomou M.A., Dr. Axel Metz, Dr. Hannah Hien, Dr. Adolf Bauer, Dr. Klaus Rupprecht, Dr. Margit Ksoll-Marcon, Dr. Eugen Ehmann, Prof. Dr. Frank Jacob (Foto: Ursula Schedl, Staatsarchiv Würzburg).

te Tafeln wurden anschließend von April bis Juni 2019 in erweitertem Rahmen in den Räumen des Staatsarchivs Würzburg gezeigt. Der Schwerpunkt dieser zweiten Auflage der Ausstellung lag auf der dreitägigen Räteherrschaft in der Residenz vom 7. bis zum 9. April 1919, zu der zahlreiche Originalquellen des Staatsarchivs Würzburg präsentiert wurden.

ter zeugen von der Ratlosigkeit jenseits der großen Zentren angesichts der widersprüchlichen Anweisungen der Münchner Räte und der Bamberger Exilregierung.

Bereits am dritten Tag beendete ein Zusammenschluss aus Soldaten, Studenten und Bürgern die Würzburger Räterepublik militärisch. Würzburg stand fortan klar auf Seiten der Regierung in Bam-



V.l.n.r.: Dr. Helmut Kaltenhauser (MdL), Kerstin Celina (MdL), Dr. Margit Ksoll-Marcon, Dr. Klaus Rupprecht und Volkmar Halbleib (MdL) vor einer Litfaßsäule mit Würzburger Revolutionsplakaten (Foto: Ursula Schedl, Staatsarchiv Würzburg).

berg. Überall in Unterfranken wurden nun Freiwillige für Volkswehren und Freikorps gesucht, mit deren Hilfe die Räterepublik in München niedergeschlagen werden sollte. Auch dies belegen zahlreiche Plakate und Flugblätter. Die Hauptakteure der Würzburger Räterepublik wurden anschließend vor dem Landgericht Würzburg (Standgericht) verurteilt. Besonders Kommunisten und Spartakisten galten von nun an als Hauptgefahren für die junge Demokratie. In der NS-Zeit wurden viele Anhänger der unterfränkischen Räterepubliken sowie deren Familienmitglieder überwacht und verfolgt, wie die Akten der Gestapostelle Würzburg über Angehörige des RAA-Vorsitzenden Georg Friedrich Hornung dokumentieren.

Die Ausstellung wurde am 8. April 2019 in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Kultur und Politik eröffnet. Im Fürstensaal der Würzburger Residenz begrüßte zunächst Dr. Klaus Rupprecht, der Leiter des Staatsarchivs Würzburg, die Anwesenden. Es folgten Grußworte des Regierungspräsidenten von Unterfranken Dr. Eugen Ehmann und des Würzburger Zweiten Bürgermeisters Dr. Adolf Bauer, die beide die Bedeutung des historischen Erinnerns und

die Rolle der Archive als Gedächtnisorte betonten. Anschließend stellte Prof. Dr. Frank Jacob von der Nord Universität, Norwegen, einer der besten Kenner der Revolutionsgeschichte in Unterfranken, seine neuesten Forschungsergebnisse insbesondere zu Würzburg und Aschaffenburg vor.

Zur Einstimmung auf die Ausstellung erläuterte Dr. Axel Metz, der Leiter des Stadtarchivs Würzburg, schließlich das Konzept der Veranstaltungsreihe. Dr. Hannah Hien und Christina Oikonomou M.A., die für die Ausstellung Verantwortlichen im Staatsarchiv Würzburg, stellten ausgewählte Exponate vor, die auf einen Ausstellungsbesuch Appetit machen sollten. Gemeinsam ging es schließlich in die Räume des Staatsarchivs, wo zu einem Umtrunk geladen war. Bei einem Glas Wein konnten die Anwesenden die Ausstellung selbst in Augenschein nehmen. Für Interessierte wurde außerdem eine kurze Führung angeboten. Die Ausstellung war bis zum 7. Juni 2019 zu sehen und war sehr gut besucht.

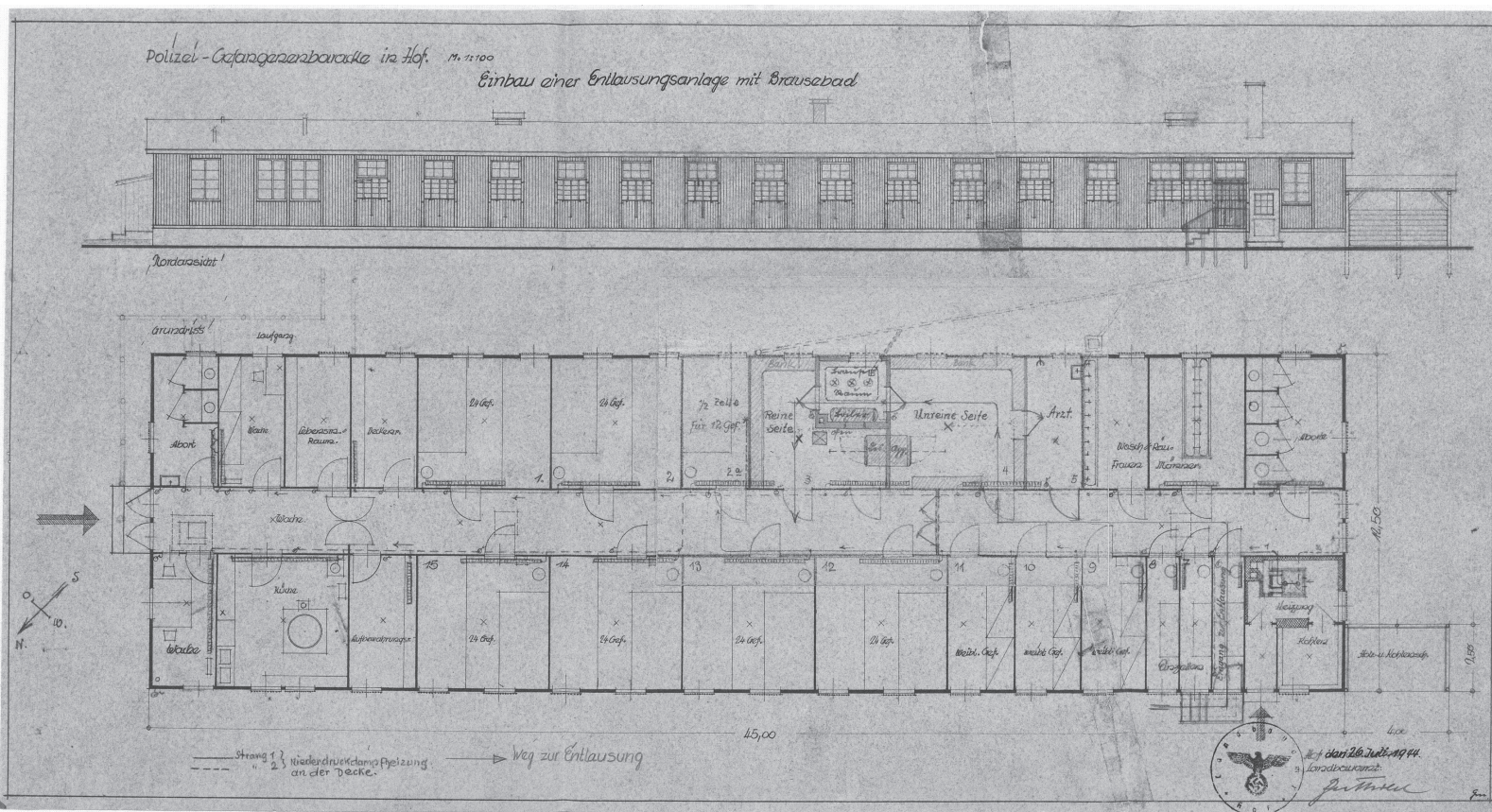
Hannah Hien

Ausstellung „Staatliches Bauen in Oberfranken – eine Skizze“ im Staatsarchiv Bamberg

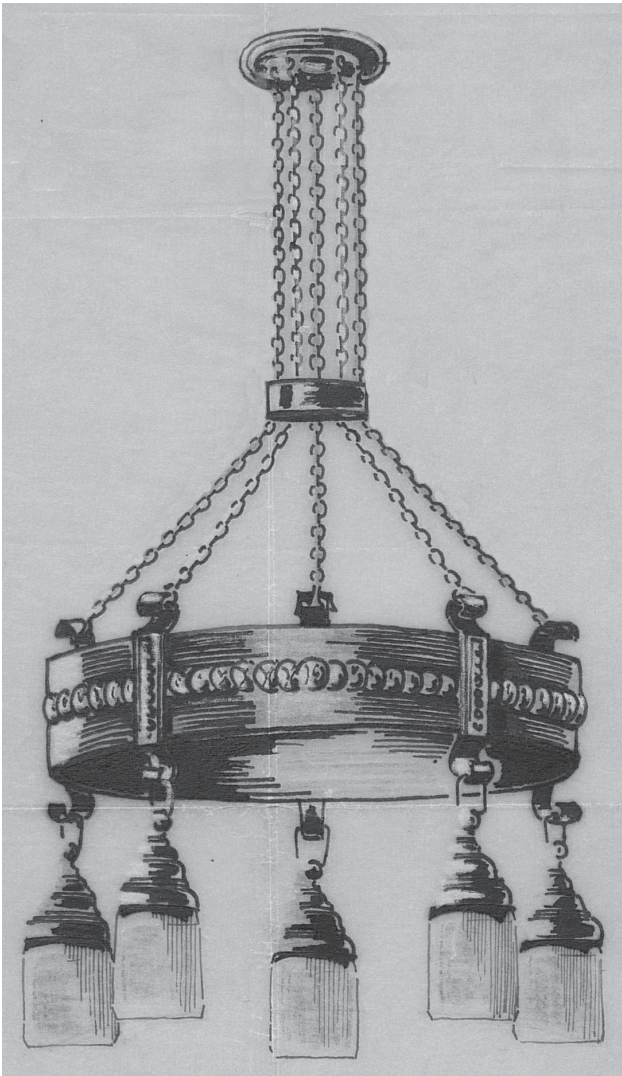
Die Einweihung des Erweiterungsbaus des Staatsarchivs Bamberg am 29. März 2019 (s. Nachrichten Nr. 76/2019, S. 72–73) war der Anlass für eine kleine Ausstellung, in der vom 29. März bis zum 7. Juni 2019 unter dem Titel „Staatliches Bauen in Oberfranken – eine Skizze“ die Überlieferung der Landbauämter Bamberg, Bayreuth und Hof im Staatsarchiv Bamberg vorgestellt wurde. Gezeigt wurden Pläne aus den Kreisstädten Oberfrankens (mit Ausnahme Coburgs, das über ein eigenes Staatsarchiv verfügt) aus den letzten 200 Jahren. Bei der Auswahl der Beispiele wurde Wert auf eine möglichst große Vielfalt gelegt, um das weite Spektrum der Bauaufträge der staatlichen Bauverwaltung in Oberfranken vorzustellen und die Forschung zur stärkeren Heranziehung dieser Bestände anzuregen.

Aus Bamberg wurden die drei Bauphasen des Staatsarchivs vorgestellt: der Neubau von 1905, der Magazinbau von 1961 und der Erweiterungsbau von 2019. Beispiele aus Bayreuth waren der Einbau eines eisernen Vorhangs im Markgräflichen Opernhaus (1882) und die Änderung der Wasserversorgung in der Regierung von Oberfranken (1907). Aus Forchheim wurden der Entwurf eines Messinglüsters für den Sitzungssaal des Amtsgerichts (1914) und der Neubau für das Staatliche Gesundheitsamt und das Arbeitsamt (1955) gezeigt.

In Hof stand neben neuen Registraturräumen des Landgerichts (1825), der Änderung der Wandfarbe des Alten und Neuen Gymnasiums (1845) und der Anschaffung eines Kochherds für das Landgerichtsgefängnis (1891), der Umbau des Polizeigeängnisses für Schubgefangene durch das Landbauamt Hof (1944) im Vordergrund: Die Baracke war 1943 errichtet worden. Die Fleckfiebergefahr machte bereits ein Jahr später den nachträglichen



Polizeigeängnis für Schubgefangene Hof (Staatsarchiv Bamberg, K 27 Landbauamt Hof 675).



Skizze eines Lüsters, 1914 (Staatsarchiv Bamberg, K 25 Landbauamt Bamberg 680, bearbeitet).

Einbau von Duschen erforderlich. In der Begründung heißt es, dass täglich 300 bis 350 Gefangene bis zum Weitertransport unterzubringen waren. Hierfür standen sechs Räume mit je 24 Quadratmetern zur Verfügung, die für jeweils 24 Gefangene vorgesehen waren. Ein Vergleich dieser Zahlen lässt vermuten, dass die ohnehin engen Zellen mit weitaus mehr Gefangenen belegt wurden. Die große Zahl der Schubgefangenen zeigt deutlich, dass das Unrechtssystem des Nationalsozialismus sehr viele Menschen kriminalisiert hat.

Aus Kronach wurden das Forstamt (1863, 1891) und das Amtsgerichtsgefängnis (1882) ausgewählt, aus Kulmbach das Deutsche Zinnfigurenmuseum auf der Plassenburg (1976), aus Lichtenfels das Amtsgericht (1902), die Fachschule für Korbflechterei (1910), das Bezirksamt (1913) sowie Dienstwohnungen für die Gendarmerie (1924).

Staatliches Bauen in Oberfranken – eine Skizze

Eine Ausstellung des Staatsarchivs Bamberg anlässlich der Einweihung des Erweiterungsbaus



29. März bis 7. Juni 2019

Staatsarchiv Bamberg
Hainstraße 39, 96047 Bamberg



Öffnungszeiten:
Mo, Do 8.00–16.00 Uhr,
Di, Mi 8.00–18.00 Uhr,
Fr 8.00–12.30 Uhr
(Sonn- und Feiertage geschlossen)

Eintritt frei
<https://www.gda.bayern.de/die-staatlichen-archiv-bayern/>



Plakatgestaltung: Karin Hagendorn (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns).

Den Abschluss der Ausstellung bildete der Plan einer Dienstwohnung für die Straßenmeisterei in Wunsiedel (1976).

Der Historische Verein Bamberg sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatlichen Bauämter Bamberg und Bayreuth ließen sich durch die Ausstellung führen. Sie wurde auch von Benutzerinnen und Benutzern des Staatsarchivs besucht. Zur Ausstellung ist ein kleiner Katalog erschienen, der für 4 Euro erworben werden kann (im Staatsarchiv direkt oder im Buchhandel: ISBN 978-3-938831-89-2).

Christian Kruse

Ausstellungen im Staatsarchiv Coburg

Das Staatsarchiv Coburg beteiligt sich traditionell mit Ausstellungen am Kulturleben der Stadt Coburg. Der Eingangsbereich des Zeughauses wird

damit gleichsam zum Schaufenster des Staatsarchivs, in das viele Coburgerinnen und Coburger, sei es in der Mittagspause, sei es beim Einkaufsbummel, interessiert hineinblicken.

Vom 11. Februar bis zum 29. März 2019 zeigte das Staatsarchiv Coburg die Ausstellung „Kinder plakieren Frieden“. Die Ausstellung ging aus einem Malwettbewerb hervor, der vom Lions Club Veste Coburg und drei weiteren Lions Clubs ausgerichtet wurde. Kinder und Jugendliche waren aufgefordert, ihre Vorstellung von Frieden künstlerisch zu Papier zu bringen. Gezeigt wurden über 20 Plakate, die durch ihren Ideenreichtum und ihre Farbenpracht die Betrachterinnen und Betrachter zum Staunen brachten. Das Staatsarchiv Coburg ergänzte die Schau mit ausgewählten Aktenstücken zur Geschichte des Ersten Weltkriegs im Coburger Land.

Vom 26. Juni bis zum 2. August 2019 gastierte die Ausstellung „Schuld und Sühne? Zur Verfolgung von NS-Verbrechen durch bayerische Justizbehörden anhand der Überlieferung in den Staatsarchiven München und Coburg“ im Coburger Zeughaus. Bei der Eröffnung führte der Kurator der Ausstellung, Ltd. Archivdirektor Dr. Christoph Bachmann, Leiter des Staatsarchivs München, vor knapp 40 Gästen thematisch in die Ausstellung ein. Er schilderte kenntnisreich und lebendig die Entwicklung der juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen in Bayern. Diese Rechtslage bildete auch den Hintergrund für die in Coburg durchgeführten Prozesse, von denen das Verfahren gegen den NS-Oberbürgermeister von Coburg und späteren Gauleiter von Pommern, Franz Schwede-Coburg, sicherlich das prominenteste war. Allerdings erschöpfte sich die Vergangenheitsbewältigung nicht in vereinzelt Gerichtsverfahren. Anhand ausgewählter Archivalien aus dem Staatsarchiv Coburg sollte darüber hinaus auf die Versuche der Wiedergutmachung, die vor allem in der finanziellen Unterstützung für die Opfer des Nationalsozialismus bestand, und die Entnazifizierung durch die Spruchkammern hingewiesen werden. In Coburg gründeten sich zudem kurz nach dem Krieg das „Institut für Völkerverständigung“ und eine Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft; hierdurch sollte auch gedanklich der Weg in eine bessere Zukunft beschritten werden.

Alexander Wolz



NSG-Verfahren in Coburg

Auch die Staatsanwaltschaft Coburg führte mehrere Verfahren gegen ehemalige NS-Funktionäre wegen entsprechender Delikte durch. Überwiegend handelte es sich dabei um Fälle von Körperverletzung und Freiheitsberaubung im Amt.

Ans auftraggeber war das Verfahren gegen Oberbürgermeister Franz Reichhold Schwede 1938-1952. Schwede wurde bereits 1930 dritter Bürgermeister und war damit der erste NSDAP-Bürgermeister in einer deutschen Stadt. Von 1934 bis 1945 war er unter dem Namen Schwede-Coburg Gauleiter der NSDAP in Coburg.

Die Generalstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Bamberg setzte aufgrund eines Zeugenaussages in der Coburger Neuen Presse im März 1952 das Verfahren gegen Schwede ein. Die Anklage wurde im Juli 1952 gegen insgesamt 19 Personen erhoben und konnte am 1. April 1953 mit der Verurteilung Schwedes zu 10 Jahren Haft wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung im Amt abgeschlossen werden.

In der Nacht vom 11. auf den 12. April 1933 misshandelte der 55-jährige Arthur Ocker aus Bamberg, Gauleiter der SA in Coburg, Verhaftete im Coburger Rathaus. Vermutlich hat dies Verbrechen Straftat, Sonderbeauftragter für die SA im Kreis Lichtenfels, angeordnet. Im Verfahren konnte Kruschke, der von 1938 bis 1945 Bürgermeister von Lichtenfels war, die Tat allerdings nicht nachgewiesen werden.

Staatsarchiv Coburg, Staatsanwaltschaft Coburg 46

Wanderausstellung „Schuld und Sühne?“ NSG-Verfahren in Coburg, Tafel 9 (Gestaltung: Karin Hagendorn, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns).

Veranstaltungen

Verzeichnis der Nachlässe im Bayerischen Hauptstaatsarchiv vorgestellt

Gedruckte Verzeichnisse und Inventare stehen in Zeiten des Online-Publizierens unter erhöhtem Rechtfertigungsdruck. Ist es wirklich sinnvoll und notwendig, unzählige Bögen Papier durch Druckmaschinen zu jagen, wenn das annähernd gleiche Ergebnis mit einer einfachen Datei zu erzielen ist? Für das „Verzeichnis der Nachlässe im Bayerischen Hauptstaatsarchiv“, das am 30. April

geber aus Bayern. Hinzu kommen Nachlässe aus dem Sudetendeutschen Archiv, die den Blick über die bayerischen Grenzen hinaus weiten. Welche Lebensstationen der Nachlassgeber lassen sich nachzeichnen? Wer korrespondierte mit wem? Wo finde ich weitere Teile des Nachlasses? Biographische Basisdaten, Angaben zu Laufzeit und Umfang sowie kurze Angaben zum Inhalt der den Nachlass bildenden, meist schriftlichen Unterlagen eröffnen ein spannendes Netzwerk, das zum Querlesen einlädt. Gerade diese Möglichkeit des Querlesens und „Schmökerns“ bietet nur ein gedrucktes Buch –



V.l.n.r.: Dr. Bernhard Grau, Staatsminister Bernd Sibler, MdL, Dr. Margit Ksoll-Marcon, Dr. Sylvia Krauß, Dr. Thomas Paringer (Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

2019 der Öffentlichkeit präsentiert wurde, lässt sich sagen: Es ist sinnvoll und wichtig, dieses Verzeichnis in gedruckter Form vorzulegen. Der Band stellt auf 696 Seiten 512 Nachlässe bedeutender Persönlichkeiten aus Politik und Geschichte vor, die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München verwahrt werden. Maximilian von Montgelas, Prinzessin Therese von Bayern, Willi Graf, Christoph Probst, Hans Ehard, Mathilde Berghofer-Weichner und Max Streibl sind einige Beispiele für Nachlass-

abgesehen davon, dass die beachtliche Dicke von fast 5 Zentimetern weitere praktische Nutzungsszenarien als Möbelstütze eröffnet. Als Ergänzung zum gedruckten Werk stehen den Nutzerinnen und Nutzern die Inhalte online über die Findmitteldatenbank der Staatlichen Archive Bayerns zur Verfügung (<https://www.gda.bayern.de/service/findmitteldatenbank/>). Das vorgestellte Nachlassverzeichnis entstand als Neuauflage und Erweiterung des schon seit Jahren vergriffenen Bandes „Nachlässe

im Bayerischen Hauptstaatsarchiv. 1800 bis heute“. Die inhaltliche Federführung lag bei Dr. Sylvia Krauß, der langjährigen Leiterin der Abteilung V Nachlässe und Sammlungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Neben Dr. Krauß trugen zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns u.a. Dr. Josef Anker, Dr. Gerhard Immler, Dr. Johannes Moosdielle-Hitzler, Ingrid Sauer M.A., Dr. Julian Holzapfl und Karin Hagendorn zum Entstehen des Bandes bei.

Die Buchpräsentation eröffnete die Generaldirektorin der Staatlichen Archive Dr. Margit Ksoll-Marcón mit Begrüßungs- und Dankesworten, letztere besonders an den Verein der Freunde und Förderer des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und das Sudetendeutsche Institut. Großzügige Zuschüsse dieser beiden Institutionen hatten die Drucklegung überhaupt erst ermöglicht. Der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Bernd Sibler, MdL, hob in seinem anschließenden Grußwort die Bedeutung des Verzeichnisses hervor. Dr. Bernhard Grau, der Direktor des Hauptstaatsarchivs, führte in seinem Vortrag in den Stellenwert von Nachlässen für die Überlieferungsbildung ein. Das neuerschienene Verzeichnis soll nicht zuletzt auch potentielle Nachlassgeber aus Politik und Gesellschaft auf die Möglichkeit aufmerksam machen, ihren schriftlichen Nachlass dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv anzuvertrauen. Nachlässe sind als Ergänzung zur staatlichen Überlieferung bedeutsam, eröffnen sie doch einen Blick hinter die Kulissen und liefern so interessante Einblicke in Entscheidungswege. Als letzter Redner stellte der Leiter der Abteilung V Nachlässe und Sammlungen, Dr. Thomas Paringer, das Verzeichnis und seinen Aufbau vor. Er ging exemplarisch auf einzelne Nachlässe und besondere Inhalte ein.

Laura Scherr

Coburg feiert Albert und Victoria – das Staatsarchiv feiert mit

Den 200. Geburtstag von Prinz Albert von Sachsen-Coburg und Gotha (1819–1861) und seiner Gattin Königin Victoria von England (1819–1901) feierte die Stadt Coburg im Jahr 2019 mit einem bunten Kranz von Veranstaltungen, der von Vorträgen und Ausstellungen über Konzerte und Filmvorführungen bis hin zu einer ganzen „Prinz-Albert-

Festwoche“ im August reichte. Queen Elizabeth II. übernahm die Schirmherrschaft über alle diese Veranstaltungen in Coburg.

Auch das Staatsarchiv Coburg beteiligte sich an den Festivitäten. In einer Quellenschau am 4. Mai 2019 zeigte der Leiter des Staatsarchivs anschaulich und anhand von Originalquellen aus den Beständen des Staatsarchivs, wie sich die Erinnerung an den Prinzgemahl Albert nach seinem Weggang aus der Vestestadt im Jahr 1840 entwickelte. Briefwechsel aus dem herzoglichen Hausarchiv beweisen, welch schwierigen Start Albert in England hatte. Nach Alberts Tod wurde im Jahr 1865 das Albert-Denkmal auf dem Coburger Marktplatz enthüllt, an das sich fortan das kollektive Gedächtnis der Coburgerinnen und Coburger knüpfte. Die Nationalsozialisten wollten das Denkmal schleifen, weil sie glaubten, Albert sei jüdischer Abstammung, aber der Plan konnte verhindert werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es die Erinnerung an Albert, die die dunklen Jahre des „Dritten Reiches“ vergessen machte und der Stadt ein positives Image verlieh, das fortan vor allem touristisch ausgenutzt werden konnte. Abseits dieses verklärten Albert-Bildes gedeiht sowohl in Deutschland als auch in England eine reiche Albert-Forschung, die zeigt, welch wichtige Rolle der Prinzgemahl für die Londoner Weltausstellung von 1851, für die Förderung der Wissenschaften und nicht zuletzt für den deutsch-englischen Kulturtransfer hatte.

Als Besonderheit zeigte das Staatsarchiv einige Obstmodelle, die Mitte des 19. Jahrhunderts aus Papiermaché in der Gothaer Fabrik Arnoldi hergestellt und vom Coburger Naturkundemuseum als Leihgaben zur Verfügung gestellt wurden. Aus den Briefwechseln von Alberts Privatsekretär geht hervor, dass sich der Prinz solche Modelle nach England hatte schicken lassen. In seinem Schreiben vermerkte der Sekretär allerdings, dass „die Arnoldi'schen Früchte beim Transport gelitten hätten“.

Alexander Wolz

Archivpflege

Rückgabe eines Gemeindedepots an die Gemeinde Untrasried

Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung wurden 2018 unter anderem alle Gemeinden des Regierungsbezirks Schwaben angeschrieben, deren Vorgänger besonders zwischen 1906 und 1909 ihr historisch wertvolles Schriftgut an das damalige Kreisarchiv in Neuburg a.d. Donau (Vorgängerbehörde des Staatsarchivs Augsburg) abgegeben hatten. Damals konnten oder wollten sich diese Gemeinden nicht um ihre eigenen kommunalen Archive kümmern und nahmen das Angebot der staatlichen Archivverwaltung wahr, ihre Archivalien im zuständigen Kreisarchiv zu deponieren. Diese Archivalienhinterlegung geriet bei vielen Gemeinden in Vergessenheit, erst die Anfrage von 2018 machte ihnen bewusst, dass sich Archivgut aus ihrer Gemeinde im Staatsarchiv Augsburg befindet. Dementsprechend stieg die Anzahl der Anfragen nach

Rückgabe dieses genuin kommunalen Archivgutes aus der staatlichen Verwahrung deutlich an. Eine Rückgabe kann natürlich nicht automatisch erfolgen, denn das Anliegen der staatlichen Archivverwaltung in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts war es vor allem, dieses Archivgut zu sichern. Dementsprechend stellt das Staatsarchiv Augsburg vor der Rückgabe von Gemeindedepots hohe Anforderungen an die konservatorisch unbedenkliche Lagerung und die personelle Betreuung des Archivs, verbunden mit der öffentlichen Zugänglichkeit des Archivguts für die Benutzung. Sind diese Voraussetzungen gegeben, ist dieses genuin kommunale Archivgut natürlich in der Ursprungsgemeinde sinnvoller aufgehoben als im Staatsarchiv Augsburg und wird gerne zurückgegeben. Insofern ist die Rückgabe von Archivdepots an Gemeinden auch ein wertvoller Gradmesser für die Fortschritte auf dem Gebiet der Archivpflege, wird hierdurch doch das Vorhandensein gut betreuter Archive in geeigneten Räumlichkeiten bewiesen.



Dr. Thomas Engelke, Leiter des Staatsarchivs Augsburg (links), Ernst Schroeder, Archivpfleger des Landkreises Ostallgäu (Mitte hinten), und Alfred Wölfle, Bürgermeister von Untrasried (rechts), mit den beiden lokalen Archivbetreuern bei der Rückgabe der Archivalien in den Räumen des Gemeindearchivs von Untrasried (Foto: Bernd Helfrich, Staatsarchiv Augsburg).

Die zweite Rückgabe eines Archivdepots 2019 (nach Unterjoch-Bad Hindelang; vgl. Nachrichten Nr. 76/2019, S. 48–49) ging ebenfalls ins Allgäu, nämlich an die Gemeinde Untrasried. Das ist insofern herauszuheben, als in das Allgäu bisher nur relativ wenig Rückgaben von Archivdepots erfolgt sind. Die Rückgabe des Depots wurde am 4. April 2019 mit einem kleinen Pressetermin in Untrasried gewürdigt, bei dem unter anderem der Erste Bürgermeister, Alfred Wölfle, der Archivpfleger des Landkreises Ostallgäu, Ernst Schroeder, und der Leiter des Staatsarchivs Augsburg, Dr. Thomas Engelke, zugegen waren. Für das Staatsarchiv Augsburg war die Freude doppelte. Es konnten Archivalien an den Ort zurückgegeben werden, an den sie gehören. Zugleich ist die Abgabe ein Indikator dafür, dass vor Ort ein weiteres funktionierendes Gemeindearchiv vorhanden ist und sich die Archivpflege in Schwaben auf einem guten Weg befindet.

Thomas Engelke

Archivalien der Altgemeinde Haundorf an das Stadtarchiv Herzogenaurach übergeben

Im Rahmen der kommunalen Archivpflege kehrten im Juni 2019 Archivalien der Gemeinde Haundorf, seit 1974 ein Stadtteil von Herzogenaurach, nach Hause zurück. 1914 unter Eigentumsvorbehalt in die Verwahrung des damaligen königlichen Kreisarchivs Bamberg gegeben, fanden sie nun ihren Weg vom Staatsarchiv Bamberg in das Stadtarchiv der mittelfränkischen Stadt. Sie befinden sich damit wieder in der Obhut ihres Eigentümers.

Die Rückgabe eines Depots gemeindlicher Archivalien, die einst zum Zweck der sachgerechten Verwahrung dem staatlichen Archiv anvertraut worden waren, setzt das Bestehen eines fachgerecht organisierten Kommunalarchivs voraus. Eine Besonderheit war die Rückgabe der Archivalien von Haundorf für das Staatsarchiv Bamberg insofern, als dabei die Grenze des Zuständigkeitsbereichs (Regierungsbezirk Oberfranken ohne Stadt und Landkreis Coburg) überschritten wurde, freilich nicht, ohne zuvor Einvernehmen darüber mit dem für Mittelfranken zuständigen Staatsarchiv Nürnberg hergestellt zu haben.

1914, zum Zeitpunkt der Übergabe des Depots, lag Haundorf als Teil des Bezirksamts Höchststadt a.d. Aisch noch im Regierungsbezirk Oberfranken. Erst als der nachmalige Landkreis Höchststadt a.d. Aisch 1972 aufgelöst wurde, wurde Haundorf – wie der größte Teil des Landkreises – dem Landkreis Erlangen (am 1.5.1973 umbenannt in Erlangen-Höchststadt) zugeteilt und ist seitdem mittelfränkisch. Das Depot mit den Gemeindearchivalien war allerdings beim Staatsarchiv Bamberg geblieben.

Im Beisein des Ersten Bürgermeisters German Hacker nahmen Irene Lederer, die Leiterin des Stadtarchivs, und ihr Stellvertreter Dr. Christian Hoyer den Archivkarton mit Unterlagen von Dr. Johannes Haslauer vom Staatsarchiv Bamberg entgegen. Bei den Unterlagen handelte es sich um über 100 Gemeinderechnungen aus dem 18. Jahrhundert sowie ein Bündel loser Schriftstücke zu verschiedenen Vorgängen. Darunter befand sich auch eine Pergamenturkunde aus dem Jahr 1700 – ein Spruch des Bamberger Hofgerichts in einem Streit der Gemeinde Haundorf mit der Nachbargemeinde Niederndorf über Weide- und Holzrechte.

Johannes Haslauer



V.l.n.r.: Dr. Johannes Haslauer, Staatsarchiv Bamberg, übergibt dem Herzogenauracher Ersten Bürgermeister German Hacker sowie Irene Lederer, Leiterin des Stadtarchivs, sowie deren Stellvertreter Dr. Christian Hoyer die Archivalien der ehemaligen Gemeinde Haundorf (Foto: Rainer Groh, Nordbayerische Nachrichten).

Archivtag Donau-Ries und Rückgabe von Gemeindedepots

Mittlerweile haben sich die Archivtage verschiedener Landkreise im Regierungsbezirk Schwaben als feste Einrichtung für den fruchtbaren Austausch und die Fortbildung der Betreuerinnen und Betreuer der gemeindlichen Archive etabliert. So fand auch in Harburg im Ries bereits das zweite von Archivpfleger Gerhard Beck organisierte Treffen des Landkreises Donau-Ries statt, bei dem die ehrenamtlichen Archivbetreuer Gelegenheit hatten, Informationen zu Entwicklungen im Archivwesen zu erhalten, einen gegenseitigen Austausch zu pflegen und im Anschluss das örtliche Archiv zu besichtigen. In seinem Grußwort hob Erster Bürgermeister Wolfgang Kilian die Pflege des historischen Erbes der Stadt hervor, die sich in heimatgeschichtlichen Vereinen, Arbeitskreisen und Ansprechpartnern auch in den Ortsteilen niederschlägt und deren Ergebnisse unter anderem in den „Harburger Heften“ nachzulesen sind.

dem Staatsarchiv und lobte deren Engagement und Wirkung vor Ort. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts übernahm die staatliche bayerische Archivverwaltung Urkunden, Akten und Rechnungsserien der Gemeinden unmittelbar in ihre Obhut, Ziel war der Schutz der kommunalen Überlieferung. Im damals für Schwaben zuständigen Kreisarchiv Neuburg deponierte eine Vielzahl von Kommunen ihre ältere Überlieferung unter Eigentumsvorbehalt. Sofern die sach- und fachgerechte Verwahrung und Betreuung der Archive vor Ort sichergestellt ist, bemühte sich das Staatsarchiv Augsburg in den letzten beiden Jahrzehnten um die Rückgabe dieser Gemeindedepots. Im Jahr 2018 wurden alle Gemeinden, die noch Depots im Staatsarchiv verwahren, erneut angeschrieben. Als anschauliches Beispiel für gelebte Archivpflege konnten nun der Stadt Harburg die über 100 Jahre in der staatlichen Archivverwaltung verwahrten Archivalien der Ortsteile Ebermergen und Schrattenhofen übergeben werden. Dabei handelt es sich vor allem um Gemeinderechnungen aus dem 18. und 19. Jahrhundert.



V.l.n.r.: Archivpfleger Gerhard Beck, Dr. Claudia Kalesse, Bürgermeister Wolfgang Kilian, Anita Schüle (Foto: Richard Hlawon).

Anschließend referierte Dr. Claudia Kalesse, Archiberrätin am Staatsarchiv Augsburg, über die Aufgaben der kommunalen Archivpflege sowie über die Bedeutung der Archivpflegerinnen und Archivpfleger als Schnittstelle zwischen den kommunalen, nicht hauptamtlich betreuten Archiven und

Leider ist es nicht überall möglich, die Gemeindedepots wieder den örtlichen Archiveinrichtungen zurückzugeben, was oft an mangelnden oder ungenügenden Betreuungs- und Unterbringungsmöglichkeiten vor Ort liegt. Auch Archivpfleger Beck wies darauf hin, dass archivische Anliegen von den Gemeindeverwaltungen in Anbetracht der tagesaktuellen Aufgaben oftmals „auf die lange Bank geschoben werden.“ In der Diskussionsrunde mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Archivtags zeigte sich auch in den Berichten aus der Praxis, dass die Lage der einzelnen Archive bezüglich Unterbringung und Betreuung sehr unterschiedlich ist. Neben der grundsätzlichen Wichtigkeit der Bestandserhaltung und richtigen Pflege des Archivguts ging Herr Beck auch auf die Frage der Notfallvorsorge ein, zumal der Landkreis Dillingen erst kürzlich einen Notfallverbund gegründet hat, was Vorbild für andere Landkreise werden sollte, sich in archivübergreifenden Verbänden zu organisieren. Nach einer anregenden Diskussion über archivfachliche Fragen führte die Stadtarchivarin Anita Schüle zum Abschluss des gelungenen Archivtags noch durch das Harburger Kommunalarchiv und erläuterte dabei dessen Aufbau und Entwicklung.

Claudia Kalesse

Schriftgutverwaltung

Akquise von Schriftgut von Verbänden, Vereinen und Körperschaften des öffentlichen Rechts für das Bayerische Hauptstaatsarchiv

Was ist der Staat? Er setzt sich zusammen aus Bürgerinnen und Bürgern, die vertreten werden durch Parlamente und die administriert werden und Dienstleistungen entgegennehmen von Ministerien, Behörden und staatseigenen Gesellschaften. Zum Bayerischen Hauptstaatsarchiv, dem zuständigen staatlichen Archiv für das Schriftgut von Ministerien und Landesoberbehörden, gehört auch die Abteilung V Nachlässe und Sammlungen. Diese übernimmt unter anderem Unterlagen von Verbänden, Vereinen und Stellen der mittelbaren Staatsverwaltung, die, wenn auch nur zum Teil, Lobbyarbeit für gewisse Interessengruppen betreiben, aber zum größeren Teil Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen. Das zuständige Referat in der Abteilung V ist in ständigem Kontakt mit den abgebenden Stellen und knüpft laufend neue Kontakte, die sich durch die tägliche Arbeit, Austausch und Anregungen ergeben.

Im Rahmen der Archivierung der Hochschulunterlagen bei den Staatsarchiven ergab sich der Hinweis auf den Verband Hochschule Bayern e.V., der seit 2006 die Koordination der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in staatlicher und kirchlicher Trägerschaft übernommen hat. Zentrale Überlieferung sind die Protokolle der Mitgliederversammlungen sozusagen als Konzentrat der Tätigkeit des Verbandes.

Auch bei einem Besuch beim Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen (VBSM) blieb man im Bereich Bildung und Kultur. Der 1970 ins Leben gerufene Verein koordiniert die Arbeit der aus einstigen Singschulen hervorgegangenen Musikschulen in den einzelnen Kommunen, die eine wichtige Leistung für das Kulturleben im Freistaat Bayern erbringen. Derzeit wird eine Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum im Jahr 2020 erstellt. Anschließend soll das archiwwürdige Material der Registratur für weitere Forschungen an die Abteilung V des Bayerischen Hauptstaatsarchivs abgegeben werden.

Jeder Verband, jeder Verein ist auf seine Weise einzigartig und hat einen eigenen Stellenwert. Der Bayerische Bauernverband unterhält in Herrsching mit dem „Haus der Bayerischen Landwirtschaft“ eine Außenstelle mit einer umfassenden agrarhistorischen Bibliothek, aber auch weiterem bedeutendem Schriftgut aus der Registratur des Verbandes. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts muss der Bayerische Bauernverband – so legt es das Bayerische Archivgesetz in Artikel 14 fest – sein archivreifes Schriftgut entweder selbst archivieren oder dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv anbieten. Für den Verband hat das den Vorteil, dass er sich nicht selbst um die ordnungs- und sachgemäße Verwahrung, Erschließung und Nutzbarmachung seiner Überlieferung kümmern muss.

In jüngster Zeit standen zwei weitere Sondierungsgespräche an: zum Ersten ein Termin beim Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW), der vor hundert Jahren als Interessenswahrnehmung der bayerischen Elektrizitätswirtschaft gegründet und im Jahre 2009 noch um die Bereiche Gas und Wasser erweitert wurde und derzeit an die 400 Unternehmen vertritt. In diesen Tagen, da die Diskussion um die Energiewende heftig entbrannt ist, geht es bei der Tätigkeit dieses Verbandes in erster Linie um eine fruchtbringende Koordination der einzelnen Energieunternehmen und nicht um politische Lobbyarbeit. Das zweite Treffen fand mit dem Landesverband Bayern der Gehörlosen e.V. statt, der nach der Präsentation seiner Vereinsgeschichte im nächsten Jahr ebenfalls archiwwürdiges Material an das Bayerische Hauptstaatsarchiv abgeben wird.

Bei diesen Aussonderungsgesprächen ist es von Archivseite zunächst wichtig, sich einen Überblick über das Tätigkeitsspektrum des jeweiligen Vereines oder Verbandes zu verschaffen. Hier ist es neben den formalen rechtlichen Grundlagen und der Bedeutung der Institution im gesellschaftlichen Gesamtgefüge wichtig, das Gespräch mit den Vereins- und Verbandsvertretern zu suchen und auszuloten, wo diese die Schwerpunkte ihrer Arbeit sehen. Nur so kann anschließend eine fundierte Bewertung der angebotenen Unterlagen stattfinden. Wie bei Behörden geht es dabei darum, das Verwaltungshandeln zu dokumentieren, Entscheidungsprozesse nachvollziehbar zu machen, aber auch die Ge-

schichte und Bedeutung der Institution selbst für die Nachwelt festzuhalten. Diese Argumente sind für die abgebenden Stellen ebenso wichtig, wie die professionelle Verwahrung, Erschließung und die Bereitstellung ihrer Bestände für die historische Forschung. Der Lesesaal des Hauptstaatsarchivs ist von Montag bis Freitag geöffnet und das – mit Ausnahme von Feier- und Schließtagen – ganzjährig. Schon diese Form der Zugänglichkeit sicherzustellen, ist für Verbände und Vereine häufig schwie-

rig, gleiches gilt für die sachgerechte Verwahrung im Archivmagazin. Genau das meint aber das Archivgesetz mit der Definition des Begriffes „Archivierung“: „Archivierung umfaßt die Aufgabe, das Archivgut zu erfassen, zu übernehmen, auf Dauer zu verwahren und zu sichern, zu erhalten, zu erschließen, nutzbar zu machen und auszuwerten“ (Art. 2 (3) BayArchvG).

Johann Pörnbacher

Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Nachlass Anneliese Knoop-Graf erschlossen

Anneliese Knoop-Graf (1921–2009) war die jüngere Schwester des dem Kern der Widerstandgruppe „Weiße Rose“ angehörenden Münchner Medizinstudenten Willi Graf (1918–1943). Nach der Verhaftung der Geschwister Scholl wurde auch sie gemeinsam mit ihrem Bruder am 18. Februar 1943 verhaftet und in München von der Gestapo verhört. Willi Graf wurde im April 1943 zum Tode verurteilt und im Oktober 1943 hingerichtet. Nach dem Krieg fühlte sich seine Schwester verpflichtet, das Vermächtnis ihres Bruders „weiterzutragen, was wir begonnen haben“, und machte dies, insbesondere seit den 1980er Jahren, zu ihrer Lebensaufgabe. Seitdem hielt sie in unzähligen Beiträgen und Vorträgen, insbesondere vor vielen Schulklassen, die Erinnerung an die Weiße Rose und ihren Bruder wach. Seit 1987 war Knoop-Graf zudem stellvertretende Vorsitzende der Weiße Rose Stiftung e.V. in München.

Anneliese Knoop-Graf war seit dem 30. Januar 1946 mit Bernhard Knoop (1908–1994), dem Schulleiter des Landerziehungsheims Marienau in Niedersachsen, verheiratet, der ebenfalls der Weißen Rose nahestand. Erste Ehefrau von Bernhard Knoop war Angelika Probst, die Schwester von Christoph Probst. Von 1946 bis 1969 führte Bernhard Knoop zusammen mit Anneliese Knoop-Graf das Landerziehungsheim Marienau. Sein Nachlass, der u.a. eine umfangreiche Korrespondenz mit Anneliese Knoop-Graf enthält, wird ebenfalls

in der Abteilung V des Bayerischen Hauptstaatsarchivs verwahrt.

Neben persönlichen Unterlagen (u.a. Tagebücher von 1940–1945, Zeugnisse, Studienunterlagen, Fotos) enthält der Nachlass Knoop-Graf zwei Bestandteile: zum einen Unterlagen zur intensiven Auseinandersetzung von Anneliese Knoop-Graf mit ihrem Bruder Willi Graf und der Weißen Rose, zum anderen eine umfangreiche Materialsammlung (u.a. Veröffentlichungen, Zeitungsausschnitte, Vorträge und Veranstaltungen) sowohl zu Willi Graf, den weiteren Mitgliedern der Weißen Rose und der Weißen Rose allgemein als auch über den Nationalsozialismus und insbesondere den dagegen gerichteten Widerstand.

Zum inhaltlichen Bereich der Beschäftigung Knoop-Grafs mit der Weißen Rose zählen: die umfangreiche Veröffentlichungstätigkeit (zahlreiche Beiträge und Rezensionen), die Veröffentlichung des Buches „Willi Graf. Briefe und Aufzeichnungen“ zusammen mit Inge Jens (u.a. Korrespondenz, umfangreiche Quellensammlung, Notizen und Manuskripte), die Organisation von Ausstellungen und Vorträgen (Korrespondenz sowie zahlreiche Vortragsmanuskripte) sowie die Tätigkeit bei der Weißen Rose Stiftung e.V. Hinzu kommt eine umfangreiche Korrespondenz mit Personen aus dem Umfeld der Weißen Rose, aus dem öffentlichen Leben, aus Wissenschaft, Medien und Politik (u.a. Angelika Knoop, geb. Probst, Inge Aicher-Scholl, Manuel Aicher, Lilo Fürst-Ramdohr, Wolfgang Altgeld, Rudi Alt, Gerhard Baum, Claus Bertram, Alexander Bergengruen, Klaus von Bismarck, Ulrich Chausy, Günter De Bruyn, Hans Eckert, Erich Honecker, Hans-Dietrich Genscher, Margret Gerke, Peter Goergen, Karin Grat, Otmar Hammerstein, Hilde-

gard Hamm-Brücher, Clara Huber, Hans Hirzel, Inge Jens, Walter Kastner, Hermann Krings, Franz J. Müller, Johannes Rau, Klaus Saur, Erich Schmorell, Johannes Tuchel, Michael Verhoeven, Jürgen Wittenstein).

Im Jahr 2017 wurde der Nachlass durch eine Abgabe der Weiße Rose Stiftung e.V. mit weiterem Material wie Büchern und audiovisuellem Archivgut (Video- und Audiokassetten, DVDs etc.) überwiegend aus dem Besitz von Anneliese Knoop-Graf angereichert. Der Nachlass hat einen Umfang von ca. 7 laufenden Metern mit 261 Archivalieneinheiten.

Sofern die enthaltenen unveröffentlichten Dokumente älter als 30 Jahre sind, die allgemeine Schutzfrist somit abgelaufen ist, steht der Nachlass nun – 10 Jahre nach dem Tod von Anneliese Knoop-Graf – für die Forschung zur Verfügung.

Die Abteilung V des Bayerischen Hauptstaatsarchivs vereint somit nicht nur die Nachlässe von drei Mitgliedern der Weißen Rose (Willi Graf, Alexander Schmorell und Christoph Probst), sondern auch von zwei Persönlichkeiten, die der Weißen Rose sehr nahe standen, nämlich Bernhard Knoop und Anneliese Knoop-Graf.

Joachim Glasner

Nachlass Friedrich Weber erschlossen

Friedrich Weber (1892–1955) war einer der Gefolgsleute Adolf Hitlers in der Frühphase des Nationalsozialismus in München, der dann im Dritten Reich, wenn auch nur in zweiter Reihe, Karriere machte.

Weber hatte ab 1912 an der Tierärztlichen Hochschule München Veterinärmedizin studiert und war 1914 in das 1. Schwere-Reiter-Regiment Prinz Karl von Bayern eingetreten. 1918 heiratete er Mathilde Lehmann (1892–1954), Tochter des völkisch-antisemitischen Verlegers Julius Friedrich Lehmann (1866–1935). Nach dem Ersten Weltkrieg betätigte er sich zunächst im Kampf gegen die extreme Linke: 1919 beteiligte er sich unter Franz Ritter von Epp an der Niederwerfung der Münchner Räterepublik, im März 1920 war er Gruppenführer im Zeitfreiwilligen-Korps Godin bei der Niederschlagung kommunistischer Aufstände im Ruhrgebiet. Seit Oktober 1920 war Weber Assistent

am Tierphysiologischen Institut der Tierärztlichen Fakultät der Universität München. 1921 trat er dem Freikorps Oberland bei und war nach dessen Auflösung Führer der Organisation Bund Oberland. 1923 war er einer der Haupträdelsführer des Hitler-Putsches und wurde dafür 1924 zu fünf Jahren Festungshaft wegen Hochverrats verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung gründete Weber 1926 eine Tierarztpraxis in Euerdorf. 1927 wurde er Distriktstierarzt (Amtstierarzt), ab Mai 1933 Veterinärmedizinalrat 1. Klasse und politischer Adjutant im bayerischen Innenministerium. Im August 1933 wurde er von der Reichsleitung der NSDAP mit der Gleichschaltung der Tierärzteschaft und Gründung einer Reichstierärztekammer betraut, gleichzeitig war er Vertreter der Tierärzteschaft im neuen Sachverständigenrat für Volksgesundheit. 1934 erfolgte seine Ernennung zum „Reichsführer der Deutschen Tierärzte“. Seine weiteren Karrierestationen waren: ab April 1934 Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, ab Juni 1935 Ministerialdirigent, ab April 1936 Ministerialdirektor. 1939 wurde er Honorarprofessor der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Berlin. Nach 1945 praktizierte Weber wieder als Tierarzt.

Der Nachlass Friedrich Weber besteht überwiegend aus einer Sammlung von Einzeldokumenten, die hauptsächlich von seiner Schwester Felizitas Kühhorn zusammengetragen wurde. Dennoch dokumentieren diese Stücke viele wichtige Lebensstationen Webers. Besonders erwähnenswert ist eine Reihe von an Friedrich Weber adressierten Briefen von wichtigen Personen seines Umfelds. Tagebücher und ein Gästebuch seiner Frau Mathilde Weber sowie Material zu seinen beiden Söhnen Friedrich Weber jun. und Arnold Weber runden den kleinen Bestand ab.

Joachim Glasner

Nachlass Raimund Graf, Geschäftsführer des Bundes der Landwirte in der Tschechoslowakei, erschlossen

Im Frühjahr 2019 wurde die Ordnung und Verzeichnung des Nachlasses Raimund Graf, des Mitbegründers und späteren Geschäftsführers des Bundes der Landwirte in der Tschechoslowakei (BdL), abgeschlossen. Die im Jahr 2017 von seiner Tochter, Dr. Helga Wilms-Graf, an das Sudetendeutsche Archiv abgegebenen Unterlagen dokumentieren

das Meinungsspektrum der vor allem die Interessen der mittelständischen deutschen Landwirte vertretenden Partei in den böhmischen Ländern der Zwischenkriegszeit. Raimund Graf wurde am 27. August 1893 bei Nîmes in Nordböhmen geboren und starb am 30. Januar 1968 in Tutzing. Bei seiner Vertreibung aus Böhmisches Leipa im Juni 1945 konnte der Jurist zwar keine Unterlagen mitnehmen, er trug aber auf der Grundlage seiner Kontakte mit vielen Mitstreitern und Parteigenossen wichtige Angaben und Informationen zum BdL zusammen. 1965 schloss er die Ausarbeitung der erst 2017 im Druck erschienenen Geschichte des BdL ab. Seine Erkenntnisse und Ausführungen sind vor allem deshalb von besonderer Bedeutung, weil er die Zusammenarbeit der deutschen Parteien mit der tschechoslowakischen Regierung im Rahmen des sogenannten Aktivismus befürwortet hatte.

Im Mai 1919 hatte Graf als Kreisgeschäftsführer für Nordböhmen seine Laufbahn beim BdL begonnen, 1920 wurde er für Böhmen zuständig und 1921 für die gesamte Tschechoslowakei. Als Generalsekretär beziehungsweise Geschäftsführer der Partei, die anfangs von circa 15 %, 1925 von 25 % und 1935 von nur noch etwa 8 % der deutschsprachigen Bevölkerung (landesweit 1920: 3,9 %, 1925: 5,4 %, 1935: 1,73 %) gewählt wurde, war Graf in erster Linie mit deren organisatorischen Fragen befasst, nahm aber immer auch an den innerparteilichen Verhandlungen teil. Mit dem zeitweiligen Parteivorsitzenden des BdL und bis zum 23. März 1938 amtierenden Minister der tschechoslowakischen Regierung, Franz Spina († 17.9.1938), verband ihn eine enge Freundschaft. Graf und Spina traten für einen Mittelweg zwischen einer nationalen Selbstbestimmung und einer Loyalität der Deutschsprachigen gegenüber dem tschechoslowakischen Staat ein. Kontakt mit Rudolf Lodgman von Auen vermied Graf auch nach dem Krieg – Lodgman von Auen hatte als Landeshauptmann des Ende 1918 ausgerufenen und kurzzeitig existierenden Deutschböhmen fungiert und den sogenannten Negativismus, also die Nichtzusammenarbeit mit den tschechischen Parteien und der tschechoslowakischen Regierung vertreten. Graf und Spina und eine Reihe weiterer leitender Parteigenossen hatten den im März 1938 vom damaligen Parteivorsitzenden Gustav Hacker betriebenen Anschluss des BdL an die Sudetendeutsche Partei abgelehnt und noch nach der offiziellen Auflösung der Partei eine Nachfolgeorganisation zu gründen versucht. Wegen Verunglimpfungen nach Abschluss des Münchner Abkommens sah Graf

sich gezwungen, unter Zurücklassung seiner Familie in Prag eine Tätigkeit in einer Anwaltskanzlei aufzunehmen. Kurz vor Kriegsende kehrte er nach Böhmisches Leipa zurück und wurde trotz seiner Ablehnung des Nationalsozialismus zusammen mit seiner Frau und seiner Tochter schon am 15. Juni 1945 über das Erzgebirge nach Sachsen vertrieben. In Thüringen versuchte er beruflich Fuß zu fassen, übersiedelte dann aber im März 1948 mit der Familie nach Bayern.

In München fand er beim Bayerischen Bauernverband eine Anstellung und betätigte sich wissenschaftlich. Zusammen mit seinem früheren Parteifreund Josef Häusler engagierte er sich im Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern. Zunächst war er bemüht, an seine Tätigkeit in der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen und mit Gesinnungsgenossen den BdL wieder zu beleben. 1950 war er in München an der Gründung des Bundes der Landvertriebenen beteiligt. Noch 1963 erarbeitete er einen an die Bayerische Staatsregierung gerichteten Forderungskatalog des Bundes der Landvertriebenen und verlangte für die nach Bayern ausgesiedelten Landwirte die Bereitstellung von sogenannten Nebenerwerbssiedlungsstellen, die auf Staatsgrund angelegt werden sollten. Politisch stand Graf wie viele ehemalige Parteigenossen des BdL dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) nahe.

Die Korrespondenzen Grafs, die den wichtigsten Teil des Nachlasses ausmachen, geben nicht nur Auskunft über die politischen und weltanschaulichen Auffassungen der Funktionäre und Mitglieder des BdL, sondern enthalten auch viele biographische Angaben zu einzelnen Parteigenossen, so vor allem zu deren Vertreibung aus der Tschechoslowakei. In enger Verbindung stand Graf mit dem ehemaligen Parlamentsabgeordneten des BdL, dem erst im August 1948 von Jägerndorf (Krnov) nach Memmingen übersiedelten Otto Halke sowie mit dem jüdischen Prager Journalisten und Zeitungsverleger Karl Strauss. Auch mehrseitige Briefe des früheren Redakteurs Karl Matzker, der bis 1944 bei der Tschechischen Presseagentur ČTK (Česká tisková kancelář) in Prag gearbeitet hatte und darüber verschiedentlich berichtete, sind im Nachlass enthalten.

Von der 2017 erschienenen „Geschichte des Bundes der Landwirte“ sind die handschriftlichen und redigierten maschinenschriftlichen Vorlagen in den Nachlass gelangt. Eigens hingewiesen sei

auf Grafs unmittelbar nach seiner Vertreibung verfasste Stellungnahme „Sudetendeutsche Zeitgeschichte 1918–1945“, in der er die schuldhafte Verstrickung der sudetendeutschen Bevölkerung, der Jugendorganisationen und der Kirchen in die Machenschaften der Nationalsozialisten offen beschreibt. Ausdrücklich verweist er darin auf die Haltung der protestantischen Pastoren, die mit „fliegenden Fahnen zu Henlein-Hitler überliefen“. Aber auch viele Geistliche der katholischen Kirche hätten „alsbald [das Kreuz] mit dem Hakenkreuz, des Zeichens für Unrecht, Gewalt und Krieg, vertauscht“.

Helmut Demattio

Ende einer Wissenschaftsorganisation – die AHF im Archiv

Die Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer Forschungseinrichtungen (AHF) wurde 1972 ins Leben gerufen und war die Koordinierungsstelle für Meldungen von Historikern über laufende Projekte und abgeschlossene Arbeiten. Das eine fand seinen Niederschlag im *Jahrbuch der historischen Forschung*, das andere in der *Historischen Bibliographie*. Zu den Mitgliedern zählten reine Forschungseinrichtungen, wie etwa das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) oder das Deutsche Historische Institut (DHI) Paris, aber auch Archive. Hinter diesen Institutionen standen die Namen bedeutender Forscher, die sich als Vorstände zum Teil auch wieder in der Leitung und Verwaltung der AHF engagierten. Wurde am Anfang alles in Papierform veröffentlicht, ergänzte mit dem Aufkommen elektronischer Medien ein Newsletter die beiden Publikationen.

Die erfolgreiche und von vielen geschätzte Arbeit der AHF musste 2013 eingestellt werden, nachdem eine ministerielle Arbeitsgruppe zur Evaluierung von Forschungseinrichtungen die Meinung vertrat, die Zielsetzungen und Aktivitäten des Vereins seien aufgrund der technischen Entwicklung des Informationswesens nicht mehr zeitgemäß. Die Abteilung V Nachlässe und Sammlungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs übernahm im August 2014 nach Abwicklung der Münchner Geschäftsstelle 34 Umzugskartons mit deren Material. Bereits zuvor wurde die Webseite der AHF von einem Mitarbeiter der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns „abgezogen“ und in das Digitale

Archiv überführt. Verzögert durch ein schwebendes Gerichtsverfahren wurde der Bestand AHF erst Anfang 2019 von Archivanwärterin Andrea Kurzböck und den Archivanwärtlern Andreas Frasch, Benjamin Blumenthal und Dr. Andreas Hutterer bearbeitet. Die ersten beiden erstellten eine Gliederung und begannen die Verzeichnung, die zweite Gruppe adaptierte die Struktur und schloss die Verzeichnung ab. So wurde ein beachtlicher Bestand mit 410 Verzeichnungseinheiten und 13,8 lfm formiert.

Die Gliederung des Bestandes spiegelt das Wirken der AHF von ihrer Gründung bis zur Auflösung, von der Besetzung von Vorstand und Gremien bis zur Erhebung der Daten für die Publikationen. Von Interesse sind dabei auch Überlegungen in Sondersitzungen zur Vermittlung von historischen Informationen und zur Präsentation wissenschaftlicher Inhalte. Dem einstigen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß war die AHF ein Anliegen, belegt durch einen im Bestand enthaltenen eigenhändigen Brief. Diese Unterstützung von politischer Seite ging im Lauf der Jahre immer mehr zurück und ist vielleicht auch zu einem Teil dem Umbau des Wissenschaftsbetriebes im Zuge des Bologna-Prozesses geschuldet. Ein Wiederauflebenlassen der AHF in Anbindung an eine andere Institution, wie sie zeitweise diskutiert wurde, ist bis heute nicht erfolgt. Der Bestand dokumentiert somit ein Stück bayerischer und deutscher Wissenschaftsgeschichte des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts.

Johann Pörnbacher

Ein Schatz der Ortsnamenforschung – die „Förstemann-Kartei“

Seit Herbst 2018 verwahrt das Bayerische Hauptstaatsarchiv die sog. Förstemann-Kartei, einen reichen Schatz an Ortsnamensbelegen, die dem Archiv durch Dr. Wolf-Armin Freiherr von Reitzenstein übereignet wurde. Zuletzt hatte der Verband für Orts- und Flurnamenforschung die Kartei verwahrt. Übernommen wurden ca. 13 lfm Karteikarten, auf denen die Quellenbelege der Erstnennungen von altbayerischen, fränkischen und schwäbischen Orten und Flurnamen bis 1200 festgehalten sind. Die Ordnungssystematik gliedert sich in die sieben Regierungsbezirke Bayerns (erstes Kriterium), innerhalb der Regierungsbezirke alphabetisch nach

Altlandkreisen vor der Gebietsreform von 1972 (zweites Kriterium); darunter folgen alphabetisch die Ortsnamen-Karteikarten.

Die Kartei ist das Forschungsergebnis der Arbeitsstelle Bayern aus dem über Landesgrenzen hinweg organisierten Projekt „Altdeutsches Namenbuch, Ortsnamen in der Überlieferung bis zum Jahr 1200“ in der Nachfolge von Ernst Förstemanns Arbeiten. Über dieses Projekt eines „Neuen Förstemann“, das Ende der 1950er Jahre ins Leben gerufen und bis 1981 weitergeführt wurde, gibt Dr. Wolf-Armin v. Reitzenstein, der selbst maßgeblich an diesem Projekt mitgearbeitet hat, in einem Interview Auskunft.

Frage: Wer ist Förstemann?

Reitzenstein: Ernst Förstemann hat bereits 1863 ein grundlegendes Buch über deutsche Ortsnamen geschrieben.



Ernst Förstemann 1897

Ernst Wilhelm Förstemann (*1822, † 1906), Sprachwissenschaftler, Bibliothekar, Oberbibliothekar der Königlichen öffentlichen Bibliothek Dresden, Begründer der deutschen Namenkunde und der systematischen deutschen Ortsnamenkunde.

Es folgte das zweibändige Werk „Altdeutsches Namenbuch“, und zwar 1856 „Personennamen“ und 1859 „Ortsnamen“. Beide Teile sind alphabetisch aufgebaut und in beiden sind die Erklärungen durch präzise Quellenbelege gestützt. Zu benützen ist die dritte Auflage von 1913 und 1916, die um 100 Jahre (1100–1200) erweitert und von Hermann Jellinghaus herausgegeben worden ist.

Frage: Warum entschloss man sich zu einem Projekt mit dem Ziel einer Förstemann-Neubearbeitung, wo es doch einen Nachdruck gibt?

Reitzenstein: Auch in der dritten Auflage sind nur gedruckte Quellen herangezogen. Der zweite Band der Traditionen des Hochstifts Freising, 1909 erschienen, war z.B. noch nicht ausgewertet. Damit klaffte gerade für Bayern eine erhebliche Lücke, allein wenn man die dann publizierten Bände der Quellen und Erörterungen überblickt.

Frage: Die Auswertung ungedruckter Quellen war sicher eine Herausforderung? Wie ging man vor?

Reitzenstein: Die Erhebung der handschriftlichen Ortsnamenbelege oblag den einzelnen Archiven, die diese Quellen ja verwahren. Den Hauptanteil hatte das Bayerische Hauptstaatsarchiv, dessen damaliger Direktor Prof. Dr. Karl Puchner Leiter der Arbeitsstelle Bayern war.

Frage: Wie war das Projekt „Förstemann-Neubearbeitung“ insgesamt organisiert?

Reitzenstein: Die Beleg-Sammelarbeiten wurden in den einzelnen regionalen Arbeitsstellen durchgeführt. Dabei wurde zunächst auch das österreichische und das Südtiroler Material in München bearbeitet. Koordiniert wurde das Ganze in Bayern durch den sog. Förstemann-Ausschuss, in dem Karl Puchner eine wichtige Rolle spielte.

Frage: Wurde mit dem Druck des Karteimaterials und der Erläuterungen schon begonnen?

Reitzenstein: In Freiburg war die Zentrale, die „Forschungsstelle Altdeutsches Namenbuch“, angesiedelt. Das aus drei Wissenschaftlern bestehende Team hat unter der Leitung von Prof. Dr. Bruno Boesch das Quellenverzeichnis und einige Probeartikel erarbeitet. Nach dessen frühem Tod 1981 wurde das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierte Projekt eingestellt. Das Gebiet der Niederlande wurde noch im Jahr 1989 durch R.E. Künzel, D.P. Blok und J.M. Verhoeff publiziert; ebenso Österreich und Südtirol in den Jahren 1989 bis 2014 durch Isolde Hausner und Elisabeth Schuster. Der Druck des bayerischen Materials war



Prof. Dr. Karl Puchner (*1907, † 1981), Direktor des Hauptstaatsarchivs März 1960 – Juli 1972, seit 1952 Lehrbeauftragter für Ortsnamenkunde und Siedlungsgeschichte an der Universität München und Leiter der Arbeitsstelle Bayern des „Altdeutschen Namenbuchs“/„Neuer Förstemann“ bis 1981.

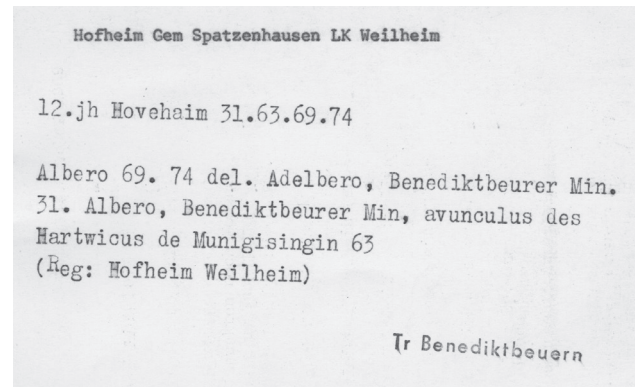
geplant, kam aber aus Gründen, die ich hier nicht darlegen mag, leider nicht zustande. Mein Wunschtraum wäre aber, die Karteikarten zumindest noch durch Digitalisierung zu erschließen.

Frage: Was passierte nach dem Projektende mit den Karteikarten?

Reitzenstein: Das gesamte Zettelmaterial sollte im Keller der Universitätsbibliothek Freiburg eingelagert werden. Da ich nach dem Tod Puchners 1981 als Leiter der Landesstelle fungierte, konnte ich die Verlagerung des bayerischen Materials verhindern, sodass dieses weiter in München der Forschung zur Verfügung stand. Übrigens wurden die in Freiburg zentral gelagerten Karteikarten durch einen Wasserrohrbruch weitgehend zerstört.

Frage: Sie haben die das Gebiet von Bayern betreffenden Karteikarten dem Hauptstaatsarchiv übergeben, damit sie für bayerische Forschungen zur Namenkunde und Regionalgeschichte auf Dauer gesichert sind. Wie vollständig ist die Kartei und was ist bei der Benützung zu beachten?

Reitzenstein: Ich würde sagen, mehr als 90 % der bis 1200 vorhandenen Ortsnamenbelege sind erfasst. Der Forschungsstand reicht etwa bis zum Jahr 1980. Identifizierungen und Datierungen späterer Editionen sind nicht eingearbeitet, können aber bei mir (E-Mail: WAvReitzenstein@aol.com) erfragt werden.



Typische Ortsbeleg-Karteikarte aus der Schreibmaschine von Karl Puchner.

Auf den Karteikarten befinden sich neben dem Ortsnamen selbst das Jahr oder der ungefähre Zeitpunkt der Erwähnung, die Nummer des Belegs in der Quelle sowie Hinweise auf gedruckte bzw. edierte oder ungedruckte Quellen.

Die Förstemann-Kartei steht interessierten Forscherinnen und Forschern auf Nachfrage zur Verfügung. Eine Handreichung erleichtert die Benützung und erklärt, wie die Karteikarten richtig zu lesen sind, wie Abkürzungen und Hinweise auf gedruckte und ungedruckte Quellen aufgelöst werden können.

Auch wenn der Bearbeitungsstand nur bis ca. 1980 reicht, ist die Kartei bei der Beurteilung von Ersterwähnungen, die häufig in den staatlichen Archiven nachgefragt werden, ein wichtiges Hilfsmittel. Zu jedem Ortsnamen werden jeweils mehrere Fundstellen genannt, die mögliche Varianten bezüglich der Schreibweise über mehrere Jahrhunderte hinweg aufzeigen. Dadurch dient sie als wertvolle Unterstützung bei der Bearbeitung historischer Ortsnamensbücher oder moderner Quelleneditionen etwa im Rahmen der Quellen und Erörterungen bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Susanne Wolf, Monika von Walter

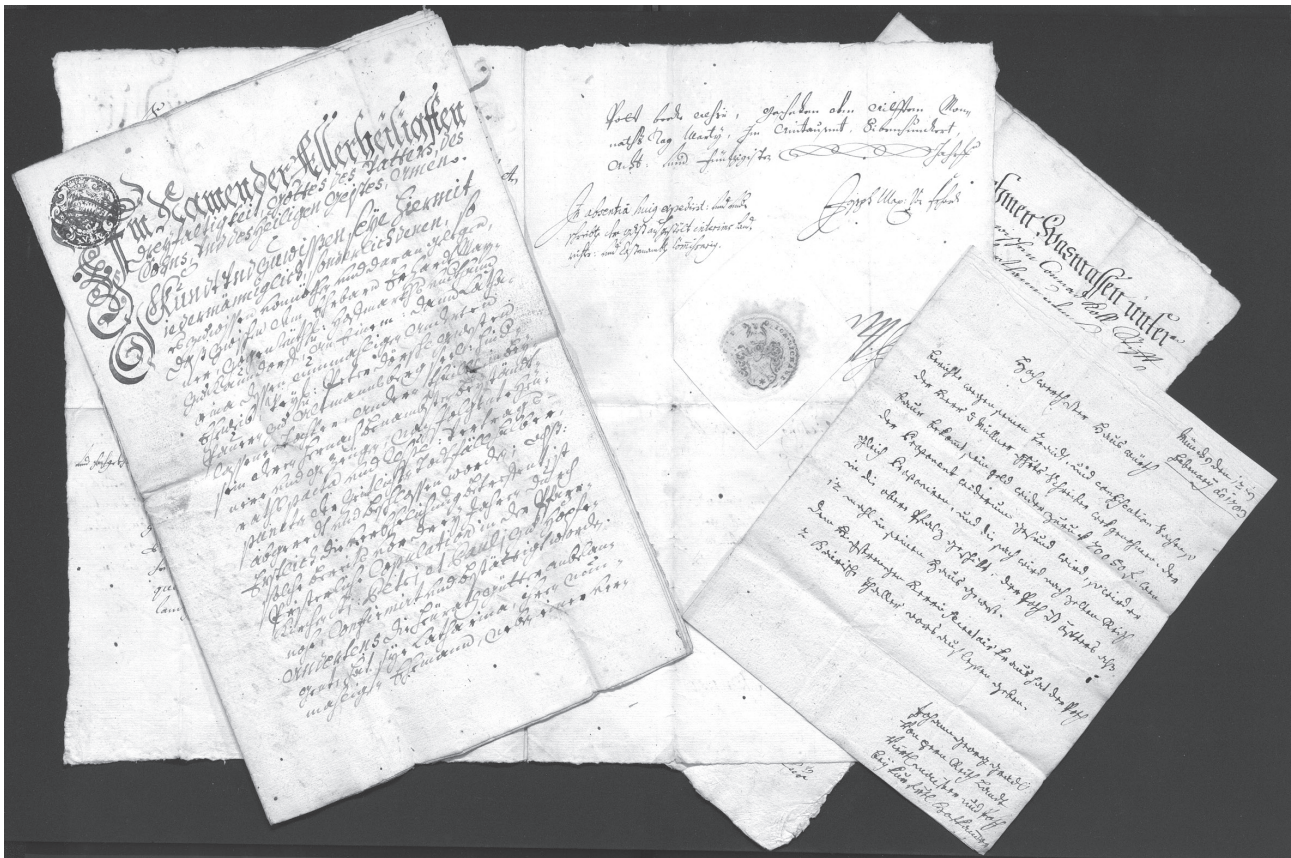
Staatsarchiv Amberg

Erwerb des Familienarchivs Kohl

Die staatlichen Archive verwahren vor allem die Überlieferung staatlicher Behörden und Gerichte. Aus dem privaten Bereich sind es insbesondere die Adelsarchive, die – nicht zuletzt aufgrund der früheren Gerichtsfunktion und der besonderen historischen Bedeutung des Adels – ergänzend in den Fokus genommen werden. Dagegen sind Familienarchive oder Nachlässe aus dem bürgerlichen oder gar bäuerlichen Bereich eine Ausnahme. Aufgrund des engeren räumlichen Bezugs finden sich diese eher in einem kommunalen Archiv.

stücken aus dem Besitz der Familie Kohl (bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts „Koll“ geschrieben), die den bereits im Staatsarchiv vorhandenen kleinen Nachlass des Johann Baptist Kohl unmittelbar ergänzen, so dass ein kleines, aber aussagekräftiges Familienarchiv Kohl – so der neue Bestandsname – rekonstruiert werden konnte.

Die nun hier versammelten Unterlagen reichen über einen Zeitraum von mehr als 200 Jahren mit fünf Generationen, von 1724 bis 1945. Durch diese Dokumente kann man den geografischen und herrschaftsgeschichtlichen Weg der Familie Kohl verfolgen, beginnend 1720 im Ort Zeltenreuth (†) als Untertanen des Klosters Michelfeld, über 1758 Kaundorf (†), einem Dorf der adeligen Hofmark



Beispiele von Urkunden aus dem Familienarchiv Kohl (Fotos: Staatsarchiv Amberg).

Das Archiv der Bäckerfamilie Kohl aus Haag ist im Staatsarchiv Amberg in mehrfacher Hinsicht eine Besonderheit: der Ort Haag besteht heute nicht mehr, weil er mit mehreren anderen Ortschaften (siehe unten, mit † markiert) 1938/39 für den Truppenübungsplatz Grafenwöhr abgesiedelt wurde. Das Staatsarchiv Amberg verwahrt daher auch das Gemeindearchiv Haag als Depot. Aus Privatbesitz gelang 2019 der Erwerb von rund 75 Schrift-

Zogenreuth, und schließlich 1763/67 nach Haag (†) mit dem dortigen halben Gut samt Bäckerstatt, erneut Grundherrschaft des Klosters Michelfeld. Während der Besitz zu Zeltenreuth (†) und Kaundorf (†) aus der Familienüberlieferung verschwindet, bleibt Haag (†) im Zentrum der Unterlagen, wo die Bäckerei (ergänzt um eine kleine Krämereikonzession) bis in das 20. Jahrhundert das Familienbild bestimmte. Nach dem Ende des Ortes

Haag (†) fand die Familie in Sulzbach-Rosenberg Hütte eine neue Heimat.

Die Unterlagen bestehen in den ersten 100 Jahren aus den typischen Dokumenten der privaten nichtstreitigen Gerichtsbarkeit: Kaufbriefe, Schuldobligationen, Heiratsverträge, Bestandsbriefe, Austragsvereinbarungen usw. als Papierurkunden mit aufgedruckten Lack- oder Papiersiegeln. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts treten dann als Ausdruck der modernen bayerischen Verwaltung Gewerbekonzessionen, Schulzeugnisse, eine Bescheinigung über die Entlassung aus der Militärpflicht, ein Heimatschein, Notariatsurkunden usw. hinzu. Über den Nachlass des Johann Baptist Kohl sind auch ein paar Unterlagen des Christlichen Bauern-Vereins, des Gesangsvereins (gegr. 1910) und der Freiwilligen Feuerwehr Haag überliefert. Kurios mutet die Velociped-Fahrkarte (d.h. Fahrrad-Führerschein) aus dem Jahre 1905 an. Auch einzelne Fragmente wie Anträge zur Reduzierung der Gewerbesteuer, die Bitte um Neueinteilung der Gemeinde hinsichtlich Abgaben und Militärquartier sind vertreten. Dem Charakter der Überlieferung wurde Rechnung getragen, indem die Archivalien weitgehend als Einzeldokumente verzeichnet wurden. Sie sind sämtlich ohne Einschränkungen vorgelegt und benützlich.

Daniel Burger

Neuerwerbung: Lohnbuch der Hammerschmiede Traidendorf

Die Oberpfalz gilt als das „Ruhrgebiet des Mittelalters“, da die dortigen Erzvorkommen nicht nur abgebaut, sondern auch in zahlreichen wassergetriebenen Hammerwerken weiterverarbeitet wurden. Welche wirtschaftliche Bedeutung dies hatte, kann man an den noch erhaltenen sog. Hammerschlössern ablesen. Hierzu zählt auch das Hammer Schloss Traidendorf an der Vils nördlich unweit von Kallmünz, das sich heute als im Barock umgestalteter Renaissancebau präsentiert, im Kern aber bis in das 13. Jahrhundert zurückreicht.

Traidendorf besaß wie viele andere Hammerwerke den Charakter einer Hofmark, war also ein niederrichterlich privilegierter adeliger Besitz, den bis in die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts die Herren von Bertolshofen (Pertolzhofen) innehatten. Ein Freiheitsbrief des Hammers ist aus dem Jahr 1464

überliefert. 1655 erwarb der kurbayerische Kämmerer und Hofkriegsrat Karl Siegmund von Tänzl zu Tratzberg Hofmark und Eisenhammer Traidendorf aus der Bertolshofen'schen Gant und begründete somit eine oberpfälzische Linie dieses ursprünglich in Tirol aktiven Geschlechts. Im 18. Jahrhundert wechselte Traidendorf mehrfach den Besitzer: 1733 kaufte Ernst von Gugl, 1765 Ferdinand Freiherr von Adrian und 1789 Joseph von Axthalb den Besitz. Die Besitzerliste verlängerte sich im 19. und 20. Jahrhundert weiter. Als sich Eisenhütte und Hammerwerk nicht mehr rentierten, blieb die Funktion einer Glasschleife und eines Polierwerks. Als letzter Ausfluss der Hofmarksrechte hatte der Besitzer von Traidendorf noch bis 1848 grundherrliche Jurisdiktionsrechte, ausgeübt durch das Patrimonialgericht Traidendorf und Rohrbach (mit Sitz in Leonberg). Ende des 20. Jahrhunderts diente das Schloss als Tagungszentrum und seit einem Verkauf 2018 wird es von einer privaten Wohngemeinschaft belebt.

Die Vielzahl der wechselnden Besitzer ist ein Grund dafür, warum die Überlieferung Traidendorfs selbst bedauerlicherweise große Lücken aufweist. So verfügt das Staatsarchiv Amberg nur über einen sehr kleinen Bestand „Patrimonialgericht Traidendorf“ mit vier Archivalien, entstanden zwischen 1680 und 1819. Weitere Informationen sind jedoch über Unterlagen anderer oberpfälzischer Behörden zu gewinnen.

Durch Ankauf aus Privatbesitz konnte nun zusätzlich ein Amtsbuch der Hammerschmiede für die Forschung gesichert werden. Es handelt sich um ein extrem seltenes Stück, das in dieser Form im Staatsarchiv sogar Unikatum ist. Das kleine Format von 11,3 cm (Höhe) mal 9 cm (Breite) lässt das Büchlein zunächst unscheinbar wirken, aber der grüne Koperteinband aus Pergament zeigt schon, dass es von Anfang an eine hohe Wertschätzung genoss. Dieser Eindruck setzt sich im Inneren mit der sorgfältigen Handschrift und Rubriken in roter Farbe auf 18 Pergamentblättern fort. Der Titel lautet: „Khürze verzeichnüs der hömerschmidt belohnung vf schwarze münz gerechnet, durch mich Sebasstian Wolff von Berttelzhouen zu Traitten-dorff, angefangen worden zu pfingsten anno 1596.“ Von anderer Hand wurde hinzugefügt: „Durch mich Wolff Wilhelm von Pertolthouen angefangen Anno 1625.“ Das Datum der Anlage dieses Amtsbuchs fällt mit dem Tod des Vorbesitzers, Hans Joachim von Pertolzhofen zu Traidendorf 1596 zusammen, offensichtlich hat der Erbe hier für sein Hammer-

Son dmaxen Pfund.	Son i s. B. eyferlohn.
Schmidtmeister . 2 R.	Schmidtmeister 2 R 15 R.
Schmidtbesuch . 1 R 43 R.	Schmidtbesuch 1 R 55 R 15 R.
Hanndt Zrenner . 1 R 9 R.	Hanndt Zrenner 1 R 17 R.
Zrennermeister . 2 R 17 R.	Zrennermeister 2 R 34 R 12 R.
Zrennerbesuch . 2 R	Zrennerbesuch 2 R 15 R.
Hauer . 1 R 25 R 3 R.	Hauer . 1 R 36 R 12 R.
Summa . 10 R 35 R.	Summa . 11 R 53 R 12 R.

Lohnverzeichnis der Hammerschmiede Traidendorf 1596, aufgeschlagen (Foto: Sandra Lanz, Staatsarchiv Amberg).

werk die Verwaltung neu geregelt. Es handelt sich um die genaue Auflistung der Bezahlung für die Arbeiten bei verschiedenen Eisenprodukten des Hammers, unterschieden hierarchisch nach: „Schmidtmeister, Schmidtknecht, Hanndtpreuer, Zrennermeister [Erzschmelzermeister, d.h. er überwachte die Arbeiten, welche das Erz zum Zerrinnen brachten], Zrennerknecht, Hauer“. Offensichtlich haben die Herren von Bertolshofen diese Löhne in 34 Jahren beibehalten. Die im Titel erwähnte Einheit „schwarze Münze“ war eine in Bayern und insbesondere im Hochstift Regensburg in der Frühen Neuzeit bei gerichtlichen Strafansätzen, Grundzinsen usw. übliche Recheneinheit, im Unterschied zu der im Umlauf gebräuchlichen „weißen Münze“. Dass sie hier in dieser Lohnverordnung verwendet wird, wäre noch wirtschaftsgeschichtlich näher zu untersuchen.

Daniel Burger

Staatsarchiv Augsburg

Bestand Reichsstadt Nördlingen Urkunden neu formiert

Im Jahr 2017 erreichte das Staatsarchiv Augsburg die Anfrage von Dr. Wilfried Sponsel vom Stadtarchiv Nördlingen, der plante, die bei der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft publizierten Regesten der Reichsstadt Nördlingen, die bisher in vier Bänden erschienen sind und die Zeit bis 1449 umfassen, bis zum Jahr 1800 weiterzuführen. In die weiteren Bände sollen – wie schon bei den bisher erschienenen vier Bänden – nicht nur die im Stadtarchiv Nördlingen gelagerten Urkunden aufgenommen werden, sondern auch der kleine, allerdings historisch bedeutsame Urkundenbestand zur Reichsstadt Nördlingen im Staatsarchiv Augsburg. Dieses Vorhaben wurde im Staatsarchiv Augsburg zum Anlass genommen, sich die bestehenden drei kleineren Urkundenbestände des Staatsarchivs

mit Urkunden der Provenienz Reichsstadt Nördlingen genauer anzusehen, sie zu einem Bestand zusammenzuführen und dabei auch neu zu verzeichnen.

Der neu gebildete Urkundenbestand „Reichsstadt Nördlingen Urkunden“ setzt sich zusammen aus drei Teilbeständen, die vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv und vom Staatsarchiv Nürnberg im Rahmen der Beständeberreinigung ab 1991 an das Staatsarchiv Augsburg abgegeben wurden.

Die beiden aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv stammenden (heute provenienzreinen) Teilbestände „Reichsstadt Nördlingen Urkunden“ (alte Nr. 1–94) und „Reichsstadt Nördlingen Depot“ (alte Nr. Depot 1–39) waren um die Mitte des 19. Jahrhunderts zum größten Teil im Pertinenz-Bestand „Reichsstadtkurkunden Nördlingen“ enthalten. Dieser Bestand umfasste damals 148 Nummern, darunter alle 94 Nummern des Bestands „Reichsstadt“ und 15 Nummern des Bestands „Depot“. Die anderen Nummern des alten Pertinenzbestands gehörten zu fremden Provenienzen, v.a. Pfalz-Neuburg und Kaisheim. Die darin erhaltenen Urkunden der Provenienz Reichsstadt Nördlingen waren zum überwiegenden Teil Urkunden zur Verfassung der Reichsstadt (einschließlich aller Privilegien) und zu den auswärtigen Beziehungen der Reichsstadt. Diese Urkunden entsprachen somit den Vorgaben der bayerischen Kommissäre, die kurz nach dem Anfall der Reichsstadt Nördlingen an Kurbayern/Königreich Bayern alle rechtserheblichen Unterlagen zusammenführen sollten, die das bis dahin „unabhängige“ Nördlingen ausgemacht hatten. Hinzu kamen einige Irrläufer v.a. der Provenienz Spital Nördlingen zu dessen früheren Besitzungen. 1893 wurden die 15 Urkunden des Bestands „Depot“, alles Urkunden nach 1400, die also gemäß den Richtlinien des Reichsarchivs in München nicht dort gelagert werden sollten, entnommen, und der Stadt Nördlingen übergeben. Dort wurden sie in die Nördlinger Urkundenreihe eingeordnet und erhielten entsprechende Nummern in deren chronologischer Reihe ab Nummer 2992. Später gelangten diese 15 Urkunden jedoch wieder in die Abteilung Allgemeines Staatsarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und erhielten dort den Bestandsnamen „Reichsstadt Nördlingen Depot“. Hinzugefügt wurden diesem Bestand 24 weitere Urkunden, die wohl aus anderen Münchner Pertinenz-Beständen entnommen wurden. Diese nun insgesamt 39 Urkunden gelangten im Zuge der Beständeberreinigung an das Staatsarchiv Augsburg

und blieben hier als einer der beiden Teilbestände der Urkunden der Reichsstadt Nördlingen erhalten. Der andere Teilbestand „Reichsstadt Nördlingen Urkunden“ ist identisch mit dem alten Pertinenzbestand „Reichsstadtkurkunden Nördlingen“, aus dem jedoch alle Urkunden anderer Provenienzen entnommen wurden. Dieser Teilbestand mit den noch verbliebenen 94 Urkunden des heutigen Bestands kam ebenfalls im Zuge der Beständeberreinigung an das Staatsarchiv Augsburg. Später hinzugefügt wurden dem Bestand weitere 5 Urkunden aus dem Pertinenzbestand „Kaiser Ludwig Selekt“ des Bayerischen Hauptstaatsarchivs.

Der Teilbestand „Von Forstämtern abgegebene Urkunden, 13 Forstamt Feuchtwangen (Rep. 249/38)“ (alte Nr. FoA 1–26) wurde 1986 im Staatsarchiv Nürnberg aus der Abgabe des Forstamts Feuchtwangen gebildet und verzeichnet und gelangte ebenfalls im Rahmen der Beständeberreinigung an das Staatsarchiv Augsburg.

Diese drei Teilbestände wurden 2017/18 am Staatsarchiv Augsburg unter Berücksichtigung älterer Vorarbeiten (v.a. Karl Puchner, Walter Vock und Gustav Wulz: Die Urkunden der Stadt Nördlingen 1233–1449, 4 Bde., Augsburg 1952–1968; Regestierung der „Forstamtsurkunden“ von Karl-Engelhardt Klaar) neu regestiert und in einem provenienzreinen Urkundenbestand „Reichsstadt Nördlingen Urkunden“ zusammengeführt. Der Bestand wurde – wie bei Urkundenbeständen üblich – chronologisch nach dem Ausstellungsdatum sortiert und mit neuen Bestellnummern versehen. Eine Konkordanz dieser neuen Bestellnummern zu den alten Signaturen der ursprünglichen drei Teilbestände („vorläufige Nummer“) ist dem Findbuch beigegeben und ermöglicht den schnellen Zugriff über eventuelle ältere Literatur, die noch die Bestellnummern der alten Teilbestände zitiert. Ebenso wurde eine Konkordanz zum Inventarband von Puchner/Vock/Wulz angefügt, da ein größerer Teil der im Bestand befindlichen hiesigen Urkunden vor 1449 bereits Eingang in das Inventar gefunden hatte (allerdings ebenfalls unter den alten Bestellnummern der beiden vor 1991 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv verwahrten Teilbestände; der Bestand „Forstämter“ des Staatsarchivs Nürnberg blieb im Inventar bisher vollkommen unberücksichtigt). Dies betrifft insgesamt 66 der 167 Urkunden des Bestands „Reichsstadt Nördlingen Urkunden“. Die noch fehlenden 101 Urkunden sollen bei der Fortführung des Urkundeninventars der Stadt Nördlingen für die Jahre 1450 bis 1800 durch die



Die Siegel der brandenburgischen Markgrafen Albrecht Achilles und Johann der Alchimist sowie des kaiserlichen Landgerichts des Burggraftums Nürnberg an einem Vergleich mit mehreren schwäbischen Reichsstädten zur Jurisdiktion des kaiserlichen Landgerichts vom 15. Januar 1458 (Staatsarchiv Augsburg, Reichsstadt Nördlingen Urkunden 73; Foto: Paul John, Staatsarchiv Augsburg).

Schwäbische Forschungsgemeinschaft ab (geplant) 2019 in den zu publizierenden Folgebänden aufgenommen werden (sachlich zugeordnet für die Urkunden nach 1449 und in Form eines Nachtrags für die Urkunden vor 1449), alle jedoch natürlich unter der gültigen Bestellnummer im Staatsarchiv Augsburg.

Im Zuge der Formierungsarbeiten des Bestands wurden aus den drei Teilbeständen insgesamt 11 nichturkundliche Stücke (unbeglaubigte Abschriften und Aktenstücke) entnommen. Diese werden den im Staatsarchiv Augsburg verwahrten Aktenbeständen der Reichsstadt Nördlingen zugeordnet. Eine genaue Übersicht lässt sich den beigefügten Konkordanzen entnehmen. Ebenso wurden dem Bestand – soweit noch nicht geschehen – die Inserts älterer Urkunden (in anderen Urkunden des Bestands) als eigenständige Bestellnummern hinzugefügt. Aus diesen Gründen ergibt sich aus den insgesamt 157 Stücken der drei alten Teilbestände jetzt eine Gesamtzahl von 167 Urkunden im neu formierten Bestand „Reichsstadt Nördlingen Ur-

kunden“. Die Urkunden umfassen den Zeitraum von 1323 bis 1669.

Zum einfacheren Zugriff auf den Inhalt der Urkunden ist dem neuen Findbuch zudem ein kombiniertes Orts- und Personenregister sowie ein Sachregister angefügt.

Damit sind erstmals alle im Staatsarchiv Augsburg verwahrten Urkunden der Provenienz Reichsstadt Nördlingen in einem provenienzreinen Bestand zusammengeführt und modern erschlossen. Obwohl dieser Urkundenbestand nicht sehr umfangreich ist, so sind in ihm doch alle Privilegien der Reichsstadt Nördlingen sowie alle außenpolitisch relevanten Verträge enthalten, wodurch ihm eine sehr hohe historische Relevanz für die Geschichte von Nördlingen zukommt.

Thomas Engelke

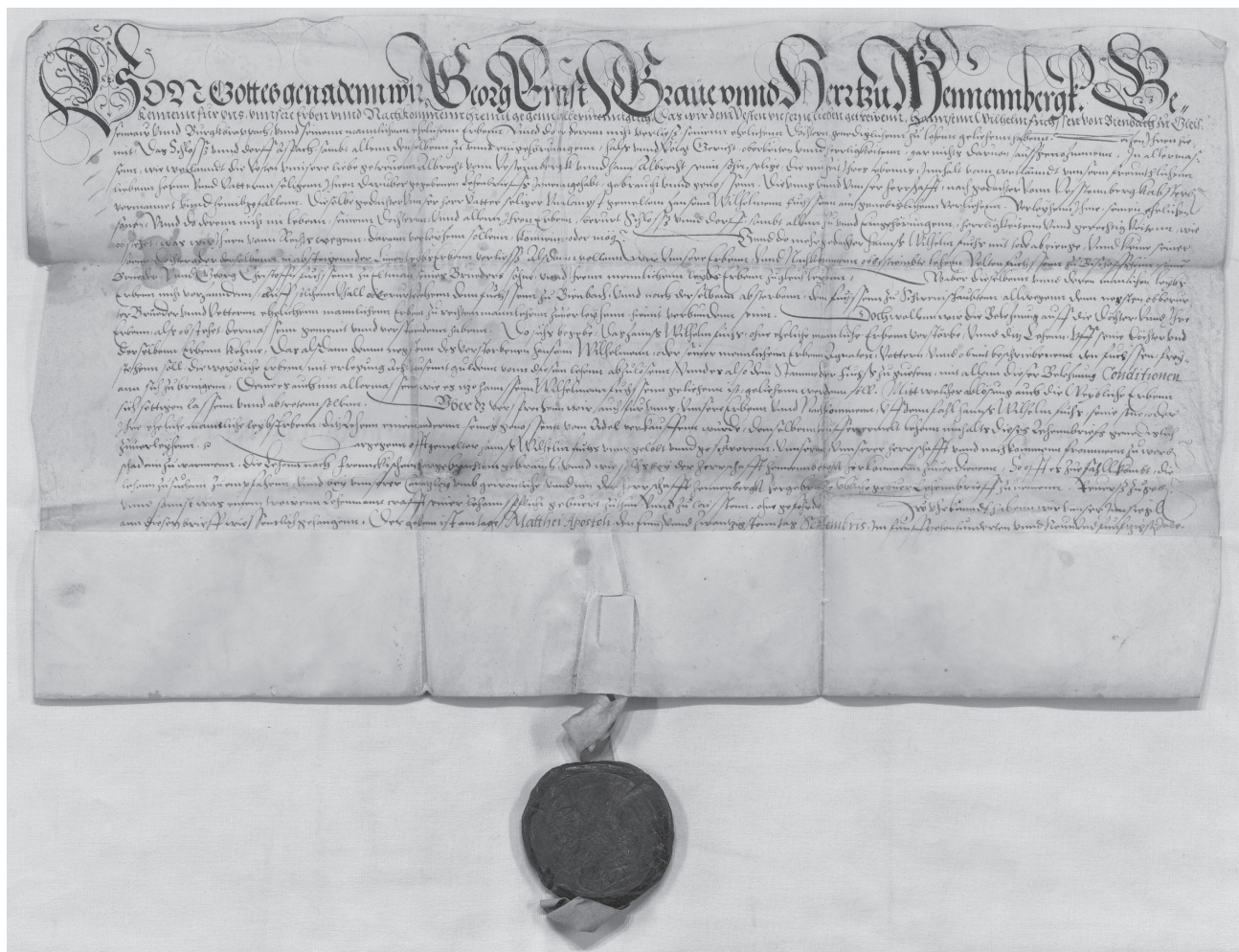
Staatsarchiv Bamberg

Bibra zu Adelsdorf und Pölnitz zu Aschbach – zwei neue Adelsarchive im Staatsarchiv Bamberg

Das heutige Oberfranken als Sprengel des Staatsarchivs Bamberg (außer Stadt und Lkr. Coburg) ist geprägt von zahlreichen Schlössern und Burgen der Adelsfamilien, die vor 1800 als Reichsritter über eigene Territorien herrschten und infolgedessen Archive anlegten. Gemäß der vom Archivgesetz eröffneten Möglichkeit, auch privates Archivgut zu archivieren, soweit daran ein öffentliches Interesse besteht, hat das Staatsarchiv Bamberg inzwischen über 50 Adelsarchive als Schenkung oder als Depositum übernehmen können. Als die beiden jüngsten Neuzugänge sind das Schlossarchiv Adelsdorf der Freiherren von Bibra sowie das Archiv der Freiherren von Pölnitz zu Aschbach zu nennen.

Beim Archiv des Schlosses Adelsdorf (Lkr. Erlangen-Höchstadt), das seit 1696 im Eigentum der Freiherren von Bibra war und seit 2008 von der Stiftung Schloss Adelsdorf genutzt und verwaltet wird, handelt es sich um bisher unverzeichnete Akten und Bände im Umfang von ca. 20 lfm. Diese reichen vereinzelt bis ins 16. Jahrhundert zurück, der zeitliche Schwerpunkt liegt auf dem 19. Jahrhundert. Thematisch betreffen die Unterlagen in erster Linie die Grundbesitz- und Forstverwaltung, was sich u.a. in einer Vielzahl von Rechnungen niederschlägt. Auch Lehenbücher und -protokolle sind vorhanden, ebenso wie Lehenurkunden, ferner private Unterlagen von Familienmitgliedern wie Korrespondenzen, Fotos, Pässe, Alben etc. Nach abgeschlossener Erschließung steht der Bestand der Öffentlichkeit zur Nutzung zur Verfügung.

Ebenfalls vor kurzem übernommen wurde das Archiv der Freiherren von Pölnitz, das bisher im Schloss Aschbach (Gde. Schlüsselfeld, Lkr. Bam-



Archiv der Freiherren von Pölnitz zu Aschbach, Nr. C/1, 1: Urkunde vom 21. September 1559 (Foto: Reinhold Schäffer, Staatsarchiv Bamberg).

berg) aufbewahrt wurde, wo die Familie seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts ansässig ist. Im Dreißigjährigen Krieg wurde das Schloss niedergebrannt, danach aber durch den 1670 vom Kaiser in den Reichsfreiherrnstand erhobenen Hieronymus Christoph von Pölnitz wieder aufgebaut. In den folgenden 130 Jahren waren Familienmitglieder u.a. in hohen Positionen der Fürstbischöfe von Bamberg und Würzburg, der Kurfürsten von Brandenburg, Mainz, Sachsen und Bayern sowie der Ritterkantone tätig.

Insgesamt umfasst das Archiv rund 60 lfm Schriftgut, darunter als ältestes Schriftstück die abgebildete Pergamenturkunde von 1559 (S. 35). Daneben sind Korrespondenzen mit Fürsten und benachbarten Adels Herrschaften, Akten zur Herrschafts- und Religionsausübung oder zur jüdischen Gemeinde in Aschbach überliefert. Auch sind zahlreiche Rechnungsbände vorhanden, die die Einnahmen und Ausgaben aus der Gerichts-, Grund- und Forstverwaltung dokumentieren.

Das Archiv der Freiherren von Pölnitz zu Aschbach wurde als erster Bestand überhaupt im erst kürzlich eingeweihten Magazinneubau aufgestellt. Es trifft im Staatsarchiv Bamberg auf sein „Schwesterarchiv“ der jüngeren Linie der Freiherren von Pölnitz zu Hundshaupten, das vor zwei Jahren ebenfalls als Depot übernommen wurde (siehe Nachrichten Nr. 73/2017, S. 53f.). Dieses war ursprünglich Teil des Aschbacher Archivs, doch 1944/45 holte der Historiker und Archivar Götz von Pölnitz als Vertreter der Hundshauptener Linie diejenigen Unterlagen zu sich, die „sein“ Schloss und den dazugehörenden Besitz betrafen.

Beide Archive sind schon seit den 1990er Jahren vollständig über Findbücher erschlossen und können nun gemeinsam im Staatsarchiv benutzt werden. Vielleicht lässt sich dann anhand der Unterlagen auch näher untersuchen, warum sich der von den Nationalsozialisten beauftragte Kunsthändler Hildebrandt Gurlitt bei Kriegsende auf Schloss Aschbach aufhielt, seine später als „Schwabinger Kunstfund“ berühmt gewordene Sammlung mit sich führend. Und eventuell kann man auch herausfinden, ob die Schwester des erwähnten Hieronymus Christoph von Pölnitz tatsächlich die Tante des Freibeuters Henry Morgan war.

Johannes Staudenmaier

Staatsarchiv München

Fischerhütte, Bootshaus, Badepalast – neu erschlossene Baupläne und Baugenehmigungen rund um den Starnberger See

Eine jetzt detailliert verzeichnete Abgabe des Landratsamts Starnberg an das Staatsarchiv München enthält unter anderem 11 Mappen mit Bauakten und Baugenehmigungen zu „Einbauten im Starnberger See“ (bis 1962 offiziell: Würmsee), die fast ausschließlich aus den 1920er und 1930er Jahren stammen (Staatsarchiv München, LRA 230.892–230.902). Die Unterlagen bilden die Fortsetzung der gleichartigen Überlieferung aus dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts (Staatsarchiv München, LRA 227.398–227.409, 228.871–229.024) und eine Ergänzung zu entsprechenden Unterlagen der Staatlichen Seenverwaltung Starnberger See (Staatsarchiv München, SGSV 97–142, 146–154, 186–188). Bei den Einbauten handelt es sich größtenteils um Boots- und Badehütten sowie um Stege und Ufermauern, die ganz oder teilweise auf dem Grund des zum Bezirksamt Starnberg gehörenden Seebezirks Würmsee (heute: gemeindefreies Gebiet Starnberger See) errichtet wurden. Deshalb war das Bezirksamt Starnberg auch dann für die baupolizeiliche Genehmigung zuständig, wenn die zugehörigen Anwesen in Gemeinden und Ortschaften der Bezirksamter Weilheim und Wolfratshausen lagen.

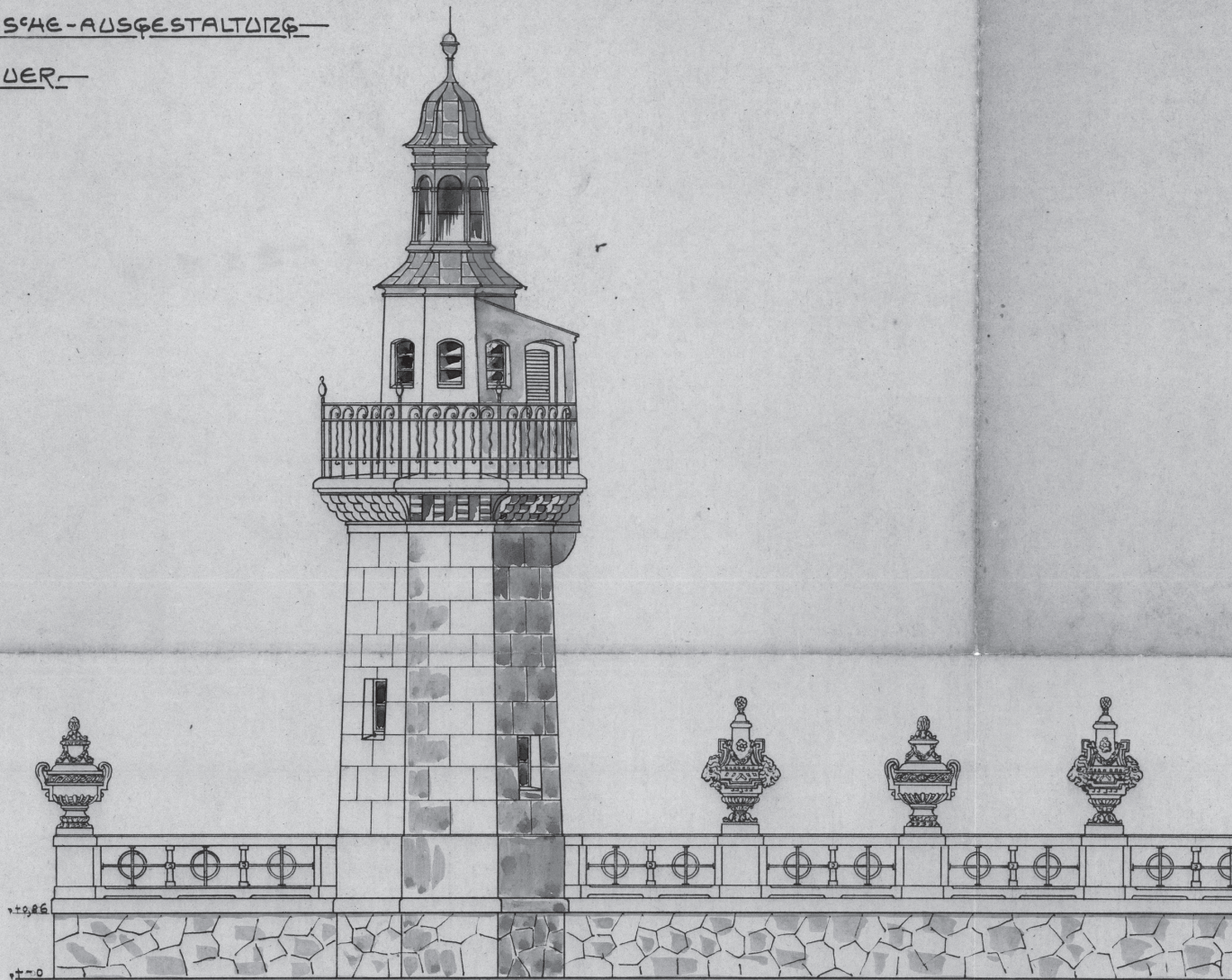
Die privatrechtliche Bewilligung erteilte die Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen (ehemaliges Krongut) gegen Zahlung einer jährlichen Gebühr. Die Bewilligung war an die Bedingung geknüpft, dass der Antragsteller Eigentümer eines nahegelegenen bebauten Anwesens war, sie war allerdings jederzeit widerrufbar und an die Person des Eigentümers gebunden, bei einer Änderung der Eigentumsverhältnisse musste der neue Eigentümer um Genehmigung zum Fortbestand nachsuchen.

Insgesamt handelt es sich um 153 Baugenehmigungen (darunter 73 mit Plänen) aus 13 Gemeinden und damaligen Ortschaften. Nur einige wenige Baugesuche sind in den Bautagebüchern der Bezirksamter verzeichnet, so dass dieser Teilbestand eine deutliche Ausweitung der Recherchen nach Baugenehmigungsakten ermöglicht.

— LANDHAUS - DES - FRAUEN - GRAF - V. - MATUSCHKA - IN - AMMERLAND -

— ARCHITEKTURISCH - AUSGESTALTUNG -

— DER - UFERMAUER -



Landhaus von Franz Graf v. Matuschka in Ammerland, Architektonische Ausgestaltung der Ufermauer, 1904 (Staatsarchiv München, LRA 230.902, Ausschnitt).

Die Bauten waren gemäß genauer Vorgaben der Verwaltung des ehemaligen Kronguts auszuführen, vor allem mussten sie sich „gut und unaufdringlich in das Landschaftsbild einfügen“ und durften „den Blick vom Ufer aus und zum Ufer nicht beeinträchtigen“, was eine weitgehende Gleichförmigkeit der Bauausführung zur Folge hatte. Vor dem Ersten Weltkrieg waren freilich pompösere Bauten möglich, wie die „Bootshütte mit Baderaum, Atelieraufbau und Terrasse“ für den Maler Professor Walther Firlie in Seeshaupt (1912) und vor allem die Uferbefestigung bei dem Landhaus des Grafen Matuschka in Ammerland (1904) belegen. Dagegen wurde die nachträglich erbetene Genehmigung einer den Schneeschlitten nordamerikanischer Indianer

nachempfundenen Wasserrutsche („Tobaggan“) im „Undosabad“ in Starnberg verweigert, weil Wasserrutschbahnen „aus landschaftlichen Rücksichten in keinem Falle zugelassen“ wurden; die 1930 errichtete Rutschbahn musste 1931 abgerissen werden.

Jenseits baurechtlicher und gestalterischer Aspekte lassen die gut 150 Einzelfälle auch Rückschlüsse auf die soziale Zusammensetzung der Eigentümer der Ufergrundstücke am Würmsee in den 1920er und 1930er Jahren zu, wobei dieser Befund mit den zeitlich früheren Unterlagen, den Bautagebüchern und den Unterlagen der Staatlichen Seenverwaltung abzugleichen wäre.

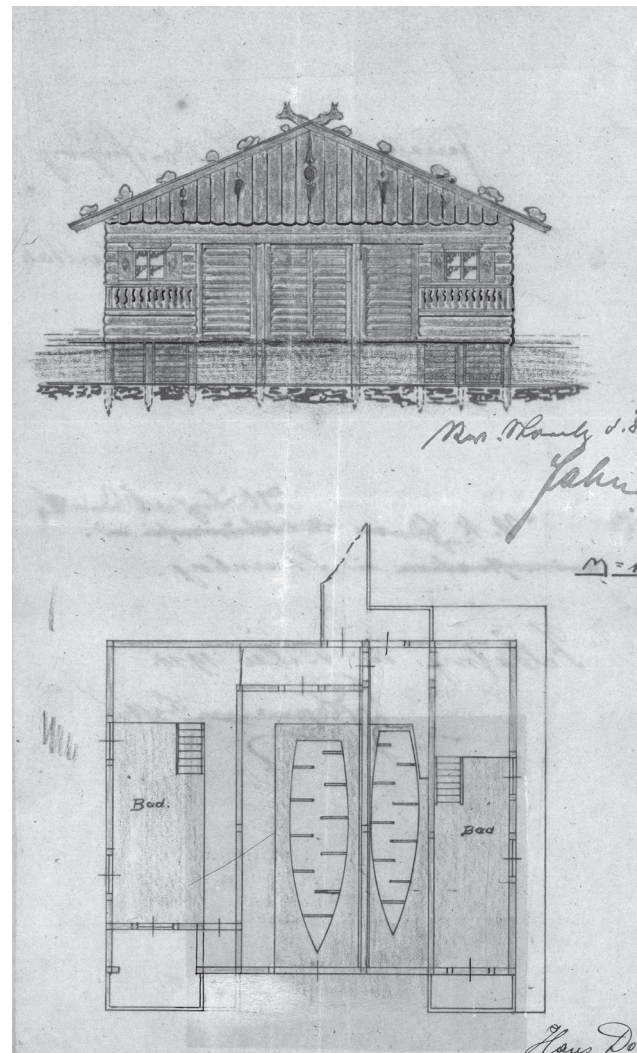
Unter den Antragstellern dominiert eindeutig das (Groß-)Bürgertum. Es finden sich Prominente wie der Porzellanfabrikant Philipp Rosenthal aus Selb, der Unternehmer Robert Röchling, der Münchner Buchhändler und Verleger Albert Lempp, die Opernsänger Hans Hermann Nissen und Karl Erb, der Maler Fritz Closs, Dipl.-Ing. Franz Pollmann, Generaldirektor der AG für Licht- und Kraftversorgung München, Ernst Mezger, Generaldirektor der Aktienbrauerei zum Hasen in Augsburg und Dr. med. Kurt Lichtwitz, Leiter des Sanatoriums Bad Thalkirchen.

Von den alteingesessenen Fischern versuchten – den Unterlagen nach zu urteilen – zumindest einige, von ihrem Standortvorteil zu profitieren und betrieben neben ihrem Gewerbe Badeanlagen oder erweiterten ihre Fischerhütten um Badekabinen.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten hatte anscheinend – anders als etwa im Berchtesgader Land – nicht zur Folge, dass sich in größerer Zahl NS-Prominenz ansiedelte. Die einzige Ausnahme in dieser Gruppe ist der Schriftsteller, Preußische Staatsrat und Präsident der Reichsschrifttumskammer Hanns Johst, der die Genehmigung zum Bau eines Stegs vor dem Staatswald in Allmannshausen erhielt (1936). Ferner errichtete der SA-Marinesturm 12/73 ein Bootshaus und ein Unterkunftshaus bei St. Heinrich an der Einmündung des Karniffelbachs (1940–1943).

Auch in diesen Unterlagen offenbart sich die Bedeutung einzelner Schriftstücke erst durch Kenntnis der größeren Zusammenhänge. So erscheint die Übertragung der als „Tirpitz-Hütte“ bekannten Boots- und Badehütte an die Reichsleitung der NSDAP als neuer Eigentümerin des Anwesens Feldafing Haus Nr. 158 (1938) auf den ersten Blick eine Nebensächlichlichkeit zu sein. Tatsächlich manifestiert sich hierin das Bestreben der NSDAP, den südlichen Teil der Villenkolonie am Höhenberg, in der auch die Villa des 1930 verstorbenen Großadmirals Alfred von Tirpitz lag, systematisch aufzukaufen. Die dortigen Anwesen und mit ihnen die „Tirpitz-Hütte“ wurden dann in den Komplex der „Reichsschule der NSDAP“ einbezogen, die zur Heranbildung eines elitären Führernachwuchses für den NS-Staat dienen sollte.

Ebenso erschließt sich die ganze Dimension und Tragik der „Arisierung“ jüdischen Besitzes nur andeutungsweise aus den Bauunterlagen selbst: Am 11. Juni 1935 wurde dem jüdischen Arzt Dr. Karl Bacharach aus München der Bau einer Boots- und



Schiff- und Badehütte, Feldafing, 1910
(Staatsarchiv München, LRA 230.897, Ausschnitt).

Badehütte bei seinem Anwesen Assenhausen Nr. 13 genehmigt. Nach dem Novemberpogrom 1938 entzog die Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen den wenigen noch verbliebenen jüdischen Eigentümern von Seegrundstücken die Bewilligung ihrer Boots- und Badehütten. Auf kartekartenähnlichen Zetteln mit dem Betreff „Miet- und Pachtverhältnisse mit Juden“ finden sich Namen und Adressen von Personen, die offenbar zum Abriss ihrer Schiff- und Badehütten aufgefordert wurden, unter ihnen der Münchner Bankier Alfred Lerchenthal und Emma Bonn, Cousine des renommierten Nationalökonom Moritz Julius Bonn. Als Eigentümerin des Anwesens Assenhausen Nr. 13 erscheint zu diesem Zeitpunkt Dr. med. Dora „Sara“ Weiss in München. Sie versuchte, den Abriss zu verhindern mit dem Argument, dass ihr Grundstück bereits seit längerer Zeit zum Verkauf stünde und es „deshalb schade“ wäre, „wenn die

Badehütte mit Steg jetzt abgerissen werden musste“ und „der arische Nachfolger sie dann später doch wieder aufrichten lassen müsste“. Wie ihr Gesuch beschieden wurde, geht ebenso wenig aus den Bauakten hervor, wie die Geschehnisse, die zum Eigentümerwechsel führten: Die Boots- und Badehütte war noch im Sommer 1935 für Kurt Bacharach errichtet worden, aber schon Ende November 1935, kurz nach Erlass der berüchtigten „Nürnberger Rassegesetze“, emigrierte er mit seiner Familie zunächst in die Schweiz und 1936 dann nach Spanien. Am 23. Juni 1936, ein gutes Jahr nach Genehmigung seines Baugesuchs, beging Karl Bacharach mit seiner Frau und den beiden Kindern in Valencia Selbstmord, seine Schwägerin Dora Weiss erbte seinen noch nicht „arisierten“ Besitz.

Diese Beobachtungen mögen andeuten, welche Perspektiven eine systematische und vergleichende Gesamtschau dieser speziellen Bauunterlagen eröffnen kann, vor allem dann, wenn es weitere Quellen ermöglichen, die Hintergründe der nützlichen Verwaltungsakte auszuleuchten.

Gerd Krüger

Bestand Bezirksfinanzdirektion München III provenienzbereinigt und erschlossen

Der umfangreiche Mischbestand Bezirksfinanzdirektion München III (BFD III) beinhaltet die Vermögenskontrollakten und -einziehungsakten des ehemaligen *Landesamtes für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung* (BLVW) und seiner Nachfolgebehörden. Das BLVW übernahm 1946 von der *Property Control Branch* für Bayern die Unterkontrollnahme, Erfassung und Überprüfung von mobilen und immobilien Vermögenswerten, die den rechtmäßigen Eigentümern durch Zwang oder Gewalt entzogen worden waren, sowie auch all jener Vermögenswerte, welche nach dem Militärregierungs-gesetz Nr. 52 behandelt wurden (vgl. Verordnung Nr. 109 vom 24.10.1946 über die Errichtung des Bayer. Landesamts für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung, GVBl 1947, S. 43f.). 1948 wurde das BLVW dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen unterstellt (Verordnung Nr. 138 v. 15.11.1947, GVBl S. 247). Unterhalb der oberbehördlichen Verwaltungsebene des BLVW wurde auf der mittelbehördlichen Ebene in jedem der damals fünf Regierungsbezirke eine sogenannte *Zweigstel-*

le eingerichtet, die im Jahr 1949 zu zwei Zweigstellen (Nord bzw. Süd) zusammengefasst wurden. Den Zweigstellen waren auf der Ebene der Landkreise bzw. kreisfreien Städte anfangs insgesamt 139 *Außenstellen* nachgeordnet, die mit Abnahme des Arbeitsumfangs schrittweise reduziert wurden. Die letzten Außenstellen des BLVW existierten bis 1957 weiter und übergaben ihre Akten anschließend an die jeweiligen Finanzämter. Nach der Auflösung des BLVW und seiner Zweigstellen im Jahr 1955 ging deren Zuständigkeit auf die Mittelbehörde *Oberfinanzdirektion München, Zweigstelle München* über. Diese Behörde wurde 1956 zunächst in *Finanzmittelstelle München des Landes Bayern* und 1964 in *Bezirksfinanzdirektion München* umbenannt.

Zwischen Ende 2015 und September 2019 wurden die Unterlagen von Georg von Schichau, Dr. Lina Hörl und Dr. Alexandra Risse provenienzbereinigt erschlossen. Von den über hundert verschiedenen Provenienzbildnern aus dem Bereich der Finanzverwaltung wurden im Zuge der Provenienzbereinigung unter anderem die Akten mit der Abschlussprovenienz BLVW an das Bayerische Hauptstaatsarchiv übergeben. Akten der Abschlussprovenienzen der Zweig- und Außenstellen des BLVW sowie der Finanzämter mit Sitz außerhalb Oberbayerns wurden je nach Zuständigkeit an die anderen bayerischen Staatsarchive abgegeben. Etwa 100 Akten der Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront wurden dem Bundesarchiv, Berlin zugeführt. Darüber hinaus wurden dem Bestand BFD III unter anderem auch Akten der Provenienzen der Außenstellen des BLVW in Oberbayern, des Zentralfinanzamtes München, des Finanzamts München für Grundbesitz und Verkehrsteuern und der Finanzämter München-Land, München-Stadt, Starnberg und Erding entnommen und den Beständen der Vermögenskontrollakten und der Finanzämter zugeordnet.

Die Vermögenskontrolle wurde über den Besitz zahlreicher Personen, Firmen, Verlage, Bankhäuser und Vereine in ganz Bayern verhängt, gegen die von jüdischer Seite oder anderen durch das NS-Regime verfolgte Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht wurden bzw. deren Vermögen als durch Zwang enteignete herrenlose Besitztümer galten. Zu den nach Militärregierungs-gesetz Nr. 52 eingezogenen Vermögen zählten unter anderem ehemalige Reichs- und Wehrmachtsbesitzungen, Vermögen der NSDAP, ihrer Verbände sowie der von der Militärregierung verbotenen oder

aufgelösten Organisationen, Vermögen der NSDAP-Funktionäre, ihrer leitenden Mitglieder und Anhänger sowie Vermögen aller in Haft der Militärregierung befindlicher Personen. Darunter befindet sich auch ein Akt über den Mord am Bürgermeister von Bayerisch Gmain, Theodor Birkel, durch den unter

Vermögenskontrolle gestellten ehemaligen Gemeindegemeindefunktionär Martin Jacobi (BFD III 1986/3).

Der Bestand umfasst 2039 Archivalien.

Alexandra Risse

Bestandserhaltung

Amtsbücher der Staatsarchive Nürnberg, Bamberg und Würzburg erhalten passgenaue Verpackungen

Seit bald zehn Jahren fördert das Bundesministerium für Kultur (BKM) über die Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK) den Originalerhalt in Deutschland (<http://kek-spk.de/home/>; <http://schriftgutschuetzen.kek-spk.de/>).

Gefördert werden Bestandserhaltungsmaßnahmen wie Entsäuerung, Reinigung und Verpackung sowie Schadenserfassung. Im Jahr 2018 wurden in insgesamt drei Antragsphasen 4,5 Millionen Euro ausgeschüttet. Für bayerische Archive ist die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns zentrale fachliche Stelle für die Antragskoordination. Alle bayerischen Archive – unabhängig vom Träger – werden bei der Antragstellung beraten, die Anträge inhaltlich und fachlich koordiniert sowie gesammelt an das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zur Gegenzeichnung weitergegeben. Die Weiterleitung der Anträge an die KEK erfolgt durch das Ministerium. Auch für das kommende Jahr 2020 können bis Ende Januar 2020 wieder Anträge bei der KEK gestellt werden. Um nicht in zeitliche Schwierigkeiten zu geraten, sollte mit der Vorbereitung der Antragstellung bereits im Herbst 2019 begonnen werden. Am 5. November 2019 fand hierzu ein Workshop im Hörsaal des Bayerischen Hauptstaatsarchivs statt. Ein Teil der Vorträge kann über www.gda.bayern.de/fachinformationen/bestandserhaltung abgerufen werden.

Bedingt durch die bevorstehenden Aus- und Umlagerungen von Archivgut der Staatsarchive Nürnberg und Würzburg sowie die Belegung des 2019 eingeweihten Erweiterungsbaus des Staatsarchivs Bamberg, lag der Schwerpunkt der Bestandserhal-

tungsmaßnahmen der Staatlichen Archive Bayerns 2018 auf Verpackungsmaßnahmen. Diese Schwerpunktsetzung muss auch in den nächsten Jahren beibehalten werden. Im Rahmen von zwei großen Projekten, der Anfertigung von passgenauen Verpackungen für Amtsbücher des Staatsarchivs Bamberg sowie der Staatsarchive Nürnberg und Würzburg konnten die aufgewendeten Mittel und somit auch die Anzahl der angefertigten Verpackungen durch die Förderung der KEK verdoppelt werden. Beide Projekte hatten ein Volumen von etwa € 50.000, dabei wurde jeweils der hälftige Mitteleinsatz aus eigenen staatlichen Haushaltsmitteln bestritten. Im Einzelnen erhielten im Staatsarchiv Würzburg rund 3000, im Staatsarchiv Nürnberg 3500 und im Staatsarchiv Bamberg 5800 Amtsbücher passgenaue Verpackungen.

Warum ist es überhaupt notwendig, Amtsbücher einzeln zu verpacken? Amtsbücher, also handschriftlich geführte Geschäftsbücher unterschiedlichster Art, passen in der Regel nicht in die in den staatlichen Archiven bewährten Archivkartons, sie werden somit zwangsläufig entweder stehend oder liegend offen am Fach aufgestellt. Im Laufe der Jahre ergeben sich so durch die Benutzung einerseits Schäden an Einband und Rücken, auf den Bänden lagert sich zudem unvermeidbar Staub ab. Verpackung greift somit an mehreren Stellen an: grundsätzlich dient Verpackung zum Schutz der Archivalien vor mechanischen Schäden, Schädlingsbefall und Verschmutzung. Verpackte Archivalien sind einfacher zu transportieren, Magazinreinigungen lassen sich wesentlich besser und zielgerichteter durchführen, Schwankungen in den Umgebungsbedingungen werden gepuffert. Im Rahmen der Notfallvorsorge haben Verpackungen – abgesehen vom einfacheren Handling bei Bergung und Transport – ebenfalls eine wichtige Schutzfunktion. Im Havariefall sind verpackte Archivalien besser vor



Amtsbücher des Staatsarchivs Würzburg vor und nach der Anbringung der Maßverpackungen
(Fotos: Ursula Schedl, Staatsarchiv Würzburg).

(Lösch)Wasser, Ruß und weiteren Verschmutzungen geschützt.

Ausnahmesituationen wie Umzüge und Verlagerungen sind immer eine erhöhte Gefahr für das den Archiven anvertraute Kulturgut. Hier ist einerseits der Transport selbst zu nennen, der so schonend wie möglich durchgeführt werden muss. Andererseits ergeben sich durch jegliche Form der Aus- oder Zwischenlagerung weitere Gefahren: bewährte Kontakte zu Feuerwehren und Hilfsorganisationen sind an Auslagerungsorten meist nicht vorhanden oder müssen neu geknüpft werden, bestehende

Notfallverbände erstrecken sich in der Regel nicht auf Auslagerungsorte. Darüber hinaus stehen Bergeorte nicht in gewohntem Maß und Umfang zur Verfügung.

Die Anbringung passgenauer Verpackungen ist somit das Mittel der Wahl, um Amtsbücher sowohl im archivischen Alltag als auch in den Ausnahmefällen Umzug, Auslagerung, Havarie möglichst optimal vor Umgebungseinflüssen zu schützen.

Laura Scherr

Notfall- und Katastrophen- vorsorge

Notfallbeauftragte der Staatlichen Archive Bayerns treffen sich in Augsburg

Verschiedenste Ursachen, wie Brände, die Einwirkung von Wasser oder mechanische Schädigungen können Archivgut in seinem physischen Bestand

Nach einem Bericht vom Bundestreffen der Notfallverbände in Köln Ende April 2019 tauschten sich die Notfallbeauftragten über aktuelle Entwicklungen und Erfahrungen aus den Notfallverbänden der Archive, Bibliotheken und Museen in Augsburg, München und Nürnberg aus. In Landshut, Amberg, Bamberg und Würzburg wird die Gründung von



Die Notfallbeauftragten am 20. Mai 2019 (Foto: Christine Hertle, Staatsarchiv Augsburg).

gefährden. Zahlreiche größere und kleinere Schadensfälle der letzten Jahre, bei denen Kulturgut in Mitleidenschaft gezogen wurde, führten diese Gefährdung immer wieder vor Augen. Es ist daher besonders wichtig, auf den Notfall vorbereitet zu sein. Neben technisch-organisatorischen Präventionsmaßnahmen muss das Bewusstsein für die Bedeutung einer effizienten Notfallvorsorge gefördert werden. Einmal jährlich treffen sich die Notfallbeauftragten der bayerischen Staatsarchive, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns zu einem Erfahrungsaustausch und zur Abstimmung der Notfallplanung. Das diesjährige Treffen fand am 20. Mai 2019 im Staatsarchiv Augsburg statt.

Notfallverbänden vorbereitet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten über die unterschiedlich intensiven Kontakte zu Feuerwehr und THW, die Notwendigkeit der Priorisierung von Beständen und Einzelobjekten zur Bergung, verbunden mit entsprechenden Laufkarten für die Feuerwehr. Unterstrichen wurde ebenfalls die Bedeutung aktueller Kontaktlisten mit Adressen von Kühlhäusern für das Einfrieren wassergeschädigter Archivalien zur Vorbereitung auf eine spätere Gefriertrocknung, von möglichen Lagerorten für geborgenes Archivgut, von Speditionen für den Transport und Baumärkten zur Materialbeschaffung im Krisenfall.

Nach der Mittagspause stand eine Brandschutzunterweisung und -übung auf dem Programm. Im



Bild oben und unten rechts: Der Wasserebellöcher im Einsatz (Foto: Rainer Jedlitschka, Staatsarchiv Augsburg).
Bild unten links: Ein Pulverlöscher wird ausgelöst (Foto: Christine Hertle, Staatsarchiv Augsburg).



theoretischen Teil wurde der Gerätetypus eines Wassernebel-Handfeuerlöschers vorgestellt. Ein Vertreter der Herstellerfirma erläuterte die Bedienung dieses Gerätes und demonstrierte die Unterschiede zu herkömmlichen Feuerlöschern. Im Zuge des notwendigen Materialtausches wurden der Magazinbau sowie der Bestandsbau des Staatsarchivs Augsburg bereits mit diesen Wassernebel-Löschern ausgestattet.

Wassernebellöcher basieren auf dem schon länger in stationären Anlagen erfolgreich verwendeten Prinzip einer Wassernebel-Löschanlage (*Water Mist Fire Protection System*). Sie bieten eine Reihe von Vorteilen für den Einsatz in Kulturgut verwahrenden Einrichtungen. Da die Löschdüsen des Handfeuerlöschers das Wasser sehr fein versprühen, kann die Oberfläche der eingebrachten Wassermenge um ein Vielfaches vergrößert werden. So wird dem Feuer schneller Energie entzogen und der Kühleffekt des Löschmittels Wasser wird optimiert. Die Wassernebel-Wolke reduziert außerdem die Hitzestrahlung für den Anwender. Darüber hinaus ist die nötige Wassermenge im Vergleich zu einem herkömmlichen Wasserlöcher deutlich geringer. Schäden durch das Löschmittel werden reduziert, die deutlich längere Spritzzeit schafft Löschreserven, was vorteilhaft für weniger Geübte ist. Ein ebenfalls nicht unwichtiger Aspekt ist, dass nur minimale Folgekosten für Löschmittelerneuerung und -entsorgung entstehen.

Zu Beginn der Löschübung wurde auf dem Parkplatz des Staatsarchivs Augsburg ein herkömmlicher Pulverlöcher ausgelöst, der eine dichte weiße Löschmittelwolke verursachte. Selbst durch den Brand nicht betroffenes Archivgut würde durch die im Pulver enthaltenen Salze, die in kleinste Ritzen und zwischen Blätter dringen, nachhaltig geschädigt. Pulverlöcher sollten daher in keinem Fall in Archivmagazinen eingesetzt werden. Auch in direkter Nachbarschaft zu Magazinen sollte hierauf verzichtet werden. Der durch Pulver verursachte Schaden kann den durch einen Brand entstandenen weit übersteigen.

Anschließend konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Wassernebellöcher an brennendem Stampfgut (lose Blätter, Akten und Katasterbände) sowie einem gasbetriebenen Löschtrainer testen. Mit dem mittels Löschpistole gut dosierbaren Sprühnebel gelang es jeweils rasch, die Flammen zu löschen. Übungen wie diese sind eine unverzichtbare Ergänzung der Notfallvorsorge. Der beste Feuerlöcher nützt nichts, wenn er nicht zum

richtigen Zeitpunkt eingesetzt wird oder ihn keiner bedienen kann.

Vor dem Hintergrund verheerender Brände in Archiven, Bibliotheken und Museen gerade in jüngster Zeit sollte man diese Gefahr nicht unterschätzen und ihr mit Aufmerksamkeit, Know-how und regelmäßigen Übungen begegnen (vgl. dazu „Feuer bleibt Risiko für Kulturbetriebe“, in: *KulturBetrieb* 2019, S. 48).

Eine Führung durch den in den Jahren 2013 bis 2016 errichteten Magazinerverweiterungsbau des Staatsarchivs Augsburg beendete die Fortbildungsveranstaltung.

Rainer Jedlitschka

Vereinbarung Notfallverbund Landshut unterzeichnet

Am 16. Juli 2019 unterzeichneten die Generaldirektorin der Staatlichen Archive, Dr. Margit Ksoll-Marcon, der Oberbürgermeister der Stadt Landshut, Alexander Putz, und die Äbtissin des Klosters Seligenthal, Schwester M. Petra Articus OCist, die Vereinbarung zur Gründung des Notfallverbundes Landshut. Mitglieder des Notfallverbundes sind bisher das Stadtarchiv Landshut, die Stadtbücherei Landshut, die Museen der Stadt Landshut, das Kloster Seligenthal und das Staatsarchiv Landshut, weitere Mitglieder werden gerne aufgenommen. Damit ist der Notfallverbund Landshut nach Augsburg, München und Nürnberg der vierte Verbund seiner Art in Bayern.

Kulturgüter wie Archivalien, Bibliotheksgut und Museumsgegenstände sollen durch den Notfallverbund vor Vernichtung und Verlust geschützt werden. Die Brandkatastrophen in der Kathedrale Notre Dame in Paris und im brasilianischen Nationalmuseum in Rio de Janeiro zeigten in letzter Zeit erneut die Notwendigkeit der Notfallvorsorge. Durch den Brand der Burg Trausnitz am 21. Oktober 1961 hat Landshut und besonders das seinerzeit auf der Burg untergebrachte Staatsarchiv bereits leidvolle Erfahrungen gesammelt, Kulturgut wurde unwiederbringlich zerstört, die Schäden sind bis heute spürbar.

Erste Vorstöße für die Gründung eines Notfallverbundes machte das Staatsarchiv Landshut im März 2018. Sofort zur Mitwirkung gewinnen konnte man die städtischen Institutionen, das Kloster



V.l.n.r., 1. Reihe: Alexander Putz, Oberbürgermeister der Stadt Landshut, Dr. Margit Ksoll-Marcon, Generaldirektorin der Staatlichen Archive, Sr. M. Petra Articus, Äbtissin des Klosters Seligenthal, Johannes Stoiber, Staatsarchiv Landshut, links dahinter: Dr. Gerhard Tausche, Leiter des Stadtarchivs Landshut, und Dr. Martin Rüth, Leiter des Staatsarchivs Landshut, und weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der feierlichen Unterzeichnung der Landshuter Notfallvereinbarung (Foto: Tobias Greim, Staatsarchiv Landshut).

Seligenthal folgte. Bereits zu diesem Zeitpunkt konnten erste Kontakte mit der Feuerwehr Landshut und dem Technischen Hilfswerk Landshut geknüpft werden. Besonders erfreulich war die Tatsache, dass der Ortsbeauftragte des THW Landshut auch bei der Vertragsunterzeichnung für den Notfallverbund anwesend war.

Der Notfallverbund hat ein vielfältiges Aufgabengebiet. Vorrangig sichern sich die beteiligten Institutionen gegenseitige, schnelle und unbürokratische Hilfe für den Notfall zu. Darüber hinaus wollen sie gemeinsam einen Gefahrenabwehrplan entwickeln und die Kontakte zur Feuerwehr und den anderen Hilfeinrichtungen intensivieren. Besonders span-

nend werden die unterschiedlichen Anforderungen der verschiedenen Fachbereiche Museum, Bibliothek und Archiv sein. Für die Koordination der vielfältigen Aufgaben wurde eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Johannes Stoiber, Staatsarchiv Landshut, gebildet. Stellvertretender Vorsitzender ist der Leiter des Stadtarchivs Landshut, Gerhard Tausche. Weitere Mitglieder sind die Leiterin der Stadtbücherei Landshut, Monika Steurer, und die Restauratorin der Museen der Stadt Landshut, Anette Klöpfer.

Johannes Stoiber

Aus- und Fortbildung

Besuch im Nationalarchiv der Tschechischen Republik

Im Rahmen eines zwischen dem Bundesarchiv und der tschechischen staatlichen Archivverwaltung bestehenden Austauschprogramms konnte am 11./12. Juni 2019 Archivrätin Dr. Sarah Hadry, Karten- und Planreferentin der Abt. I (Ältere Bestände) des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, das Nationalarchiv (Národní archiv České republiky) in Prag besuchen, um sich dort vor allem über Kartenwerke zum bayerisch-böhmischen Grenzraum und die grenzüberschreitend bedeutsamen Aufzeichnungen zum Grundbesitz zu informieren.

Manuskriptkarten zum bayerisch-böhmischen Grenzraum

Am 11. Juni stand der Besuch der Hauptabteilung des Nationalarchivs auf der Agenda. Der 1999 eröffnete Neubau befindet sich in der am südöstlichen Stadtrand gelegenen Prager Vorstadt Chodov. Hier werden vor allem die umfangreichen neueren Bestände sowie Spezialbestände (u. a. Karten und Pläne) verwahrt. Ferner befinden sich dort zentrale Einrichtungen und das Regionalarchiv für den Kreis Prag. Den größten Teil des Tages durfte sich die bayerische Besucherin dem Studium frühneuzeitlicher Manuskriptkarten zum bayerisch-böhmischen Grenzraum widmen. Das Material stammt mehrheitlich aus dem 18. Jahrhundert, reicht aber in Einzelfällen bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts zurück. Diese Überlieferungssituation gleicht hinsichtlich der chronologischen Verteilung derjenigen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Eine weitere Gemeinsamkeit stellt die im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts offenbar weit verbreitete Gewohnheit dar, großformatiges Kartenmaterial auf Leinenbahnen aufzukleben. Wegen der unterschiedlichen Materialeigenschaften von Papier und Leinengewebe, etwa hinsichtlich der Wärmeausdehnung, resultieren daraus heute erhebliche konservatorische Probleme.

Als Beispiel für ein älteres Stück ist etwa ein Augenschein zur strittigen Grenzsituation zwischen der Stadt Eger/Cheb und dem Stift Waldsassen zu nennen. Der Quellenwert liegt aus heutiger Sicht

v.a. in der detaillierten malerischen Darstellung mehrerer im Grenzgebiet gelegener Dörfer.

Viele der Karten stammen aus der Zeit um 1706/08. Damals war eine königlich-böhmische „General-Landt-Gräntz-Commission“ aktiv und legte einige Grenzabschnitte neu fest. Aus bayerischer Sicht beanspruchte diese Kommission mitunter Gebiete zu Unrecht für Böhmen. Dies zog naturgemäß Grenzverhandlungen, Neuvermarkungen und schließlich kartenmäßige Dokumentationen nach sich. In diesem Zusammenhang begegnen immer wieder Grenzkarten von Anton Joseph Knittel, vereidigter kaiserlich-königlicher Landtafel-Landmesser des Königreichs Böhmen. Zum Beispiel kartierte Knittel 1708 einen zwischen Böhmen und Bayern „glücklich verglichenen district“ nahe des Berges Rachel (Gipfel im Bayerischen Wald östlich von Frauenau, Lkr. Regen). Geometer Knittel hatte aber nicht nur das Gelände vermessen, sondern auch in zwei gleiche Teile „nach der verglichenen teilungslinie tractatmäßig abgeteilt.“ Es lässt sich erahnen, dass solche Arbeiten in unwirtlichem Gebirgsterrain nur durch hochqualifizierte Spezialisten zu leisten waren.

Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv befinden sich ebenfalls Werke von Mitgliedern der Kartographenfamilie Knittel, die in Böhmen und Mähren tätig war. Auch ein Exemplar der Knittel-Karte über den Grenzabschnitt am Berg Rachel ist vorhanden – allerdings nur als spätere Kopie des kurbayerischen Geometers Castulus Riedl (BayHStA, Plansammlung 1084a, s. Abb. Ausschnitt).



Das Prager Nationalarchiv wiederum besitzt ebenfalls handgezeichnete Karten von Castulus Riedl (1701–1783). Riedl erlernte die Vermessungskunst in österreichischen Diensten und war seit 1745 als

Wasserbaumeister für das Kurfürstentum Bayern tätig, wo er zum Ingenieur-Hauptmann bei der General-Bau- und Straßenbaudirektion (1756–1783) und zum Hofkammerrat (seit 1758) aufstieg. Zwei originale Werke Riedls im Prager Nationalarchiv zeigen die Grenze bei den kurfürstlichen Landgerichten Zwiesel und Bärnstein (1772) bzw. im Bereich des Pflegamts Waldmünchen und des Landgerichts Neunburg vorm Wald (1771). Grenzkarten aus der Feder Riedls zur fraglichen Region liegen auch im Bayerischen Hauptstaatsarchiv vor.

In Prag vertreten ist der wenig bekannte, kurpfälzische Land- und Feldmesser Tobias Schubhardt. Schubhardt ist vielleicht mit einem Beamten gleichen Namens identisch, der 1620 als Richter in Sallern und zuvor als Richter und Pflegsverwalter in Pleystein tätig war. In Prag hat sich eine von Schubhardt in Kriegszeiten (1629) zu Papier gebrachte Karte zum Grenzverlauf auf der Höhe der Ämter Burgtreswitz, Pleystein, Waldthurn und Flossenbürg erhalten.

Welche Lücken sich bei den in München und Prag erhaltenen bayerisch-böhmischen Grenzkarten durch die jeweilige Gegenüberlieferung ergänzen ließen, bedürfte noch der detaillierten Überprüfung. Eine der Lücken konnte jedenfalls als Folge des Archivarsaustausches bereits geschlossen werden – mit Hilfe eines Digitalisats eines bayerischen Exemplars. Konkret handelt es sich um ein 1766 entstandenes Werk des böhmischen Kartographen Johann Alois Kolbe zum Grenzverlauf nahe Furth im Wald.

Generell wird bei den Grenzkarten böhmischer Provenienz in der Regel das „Landseil“ bzw. die „Prager Elle“ als Maßstab verwendet (1 Landseil = 52 Prager Ellen). Die Prager Elle war mit ca. 0,59 Meter etwas kleiner als beispielsweise die Nürnberger Elle (ca. 0,66 m). Typisch für die Grenzkarten des 18. Jahrhunderts ist, egal ob sie nun von hüben oder drüben stammen, ihr stark abstrahierender Stil (Konzentration auf Grenzen und Flüsse) und die flächigen Kolorierungen zur Kennzeichnung der Territorialzugehörigkeit. Regelrechte Ortsansichten kommen nur vereinzelt und meist nur bei größeren Siedlungen vor.

Böhmische Landtafeln, Lehenbücher und Grenzverhandlungen

Am zweiten Tag stand ein Besuch in der zentrumsnah gelegenen Abt. I (Ältere Bestände) an.

Dort konnten unter anderem direkt im Magazin die berühmten böhmischen „Landtafeln“ („Desky Zemské“) besichtigt werden. Sie enthalten Rechtsaufzeichnungen der Stände und scheinen teilweise unseren Gerichts- und Briefprotokollen zu entsprechen. Die Protokollführung setzte bereits im 13. Jahrhundert ein und wurde bis ins späte 19. Jahrhundert fortgeführt. Leider fielen die vor 1541 entstandenen Landtafeln einem Brand auf der Prager Burg zum Opfer. Der einzige erhaltene mittelalterliche, noch in lateinischer Sprache verfasste Band wird daher heute im Nationalmuseum verwahrt. Die Bände ab 1541 hingegen finden sich im Nationalarchiv und können dort benutzt werden. Ihre Digitalisierung ist angelaufen, weshalb unter www.badatelna.eu bereits 260 Bände (Stand Juni 2019) eingesehen werden können (s. unter „Desky Zemské“).

An Quellen mit spezifisch bayerischem Bezug bekam der bayerische Gast auch die Lehenbücher über die königlich-böhmischen Lehen im Reich zu sehen. Solche Lehen befanden sich v.a. in der Kurpfalz, in Bayern und in Sachsen. Besonders relevant zur Erforschung der komplizierten herrschaftlichen Verhältnisse in den bayerisch-böhmischen Grenzregionen sind außerdem mehrere Bände aus dem Bestand „Königliche Register“. Hier sind in kopialer Form einschlägige „Gränzverhandlungen“ seit 1301 dokumentiert (z.B. Bd. 1: „Glaubwürdige Abschrift der alten Instrumente darin die bayerischen Gräntzen beschrieben sind“, 1301–1557), die u.a. auch Auszüge aus älteren Salbüchern enthalten. Sowohl die königlichen Lehenbücher als auch die Registerbände mit den Grenzverhandlungen stießen aber, so der zuständige Prager Kollege, bislang noch nicht auf das Interesse von Forschern.

Der Archivarsaustausch bestätigte einmal mehr: Eine grenzübergreifende Zusammenarbeit der bayerischen und böhmischen Archive, wie sie etwa über das Portal <http://www.portafontium.eu/> geschieht, ist für die Forschung wie auch für die Archive selbst von allergrößtem Interesse. Besonderer Dank für freundliche Betreuung und Expertise gebührt Ilona Destálová von der Archivabteilung des tschechischen Innenministeriums sowie den beiden Archivarskollegen Dr. Filip Paulus und Dr. Petr Mareš.

Sarah Hadry



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Christine Bach M.A. (8. v.l.) und Dr. Hannah Hien (9. v.l.)
(Foto: Johannes Först, Staatsarchiv Würzburg).

Modul des Zertifikatskurses Provenienzforschung im Staatsarchiv Würzburg

74 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, 21 Jahre nach Unterzeichnung der Washingtoner Erklärung und sechs Jahre, nachdem der Fall Gurlitt die Öffentlichkeit aufrüttelte, ist Provenienzforschung immer noch ein brandaktuelles Thema. Die Klärung der Besitzverhältnisse von in der NS-Zeit erworbenen Kunstwerken ist in den meisten Museen und Kultureinrichtungen noch lange nicht abgeschlossen. So verwundert es nicht, dass sich auch der dritte Zertifikatskurs Provenienzforschung des Weiterbildungszentrums der Freien Universität Berlin und der Landesstelle für die nichtstaatlichen

Museen in Bayern großen Zulaufs erfreute. Unter dem Titel „Über die Herkunft der Objekte“ wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Museen aus ganz Deutschland, aber auch andere Provenienzforscher praxisnah an Ziele und Methoden der Erarbeitung von „Objektbiografien“ herangeführt.

Wie in den beiden Vorjahren (vgl. Nachrichten Nr. 74/2018, S. 25ff.) war auch diesmal das Staatsarchiv Würzburg Kooperationspartner. Eines von vier Modulen fand erneut nicht in München, sondern in Würzburg statt, auch aufgrund der im Staatsarchiv verwahrten wichtigen Überlieferung. Am 10. Mai 2019 lernten die 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Theorie und Praxis einer Archivrecherche im Rahmen der Provenienzforschung kennen. Am Vormittag erläuterte ihnen Dr. Hannah Hien zunächst

die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen der Archivbenützung. Die heranzuziehenden Quellen stammen in der Regel aus dem 20. Jahrhundert, weshalb im Archivgesetz festgelegte Schutzfristen noch relevant sein können. In einem zweiten Vortrag ging Dr. Hien auf die praktische Herangehensweise ein und stellte einschlägige Beständegruppen vor. Zentrale Quellen für Provenienzrecherchen sind die in den Staatsarchiven verwahrten Akten der Wiedergutmachungsbehörden und Spruchkammern. Hinzu kommen im Staatsarchiv Würzburg ca. 25.000 Gestapoakten, die vor allem Einzelschicksale von Verfolgten dokumentieren. Immer wieder finden sich darin auch Aufstellungen entzogenen Eigentums oder Versteigerungsprotokolle. Bereits seit mehreren Jahren werden diese Akten durch Dr. Carolin Lange und Christine Bach M.A. von der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern ausgewertet. Frau Bach, die als Ansprechpartnerin und Organisatorin an dem Lehrgang teilnahm, konnte so immer wieder ihre eigene Erfahrung einbringen.

Am Nachmittag war dann die Eigenleistung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefragt. In drei Gruppen recherchierten sie in den Findmitteln des Staatsarchivs Würzburg nach relevanten Quellen zu Kunsthandel, Kunstraub und der Entziehung jüdischen Eigentums in Würzburg. Anschließend werteten sie die ermittelten Akten aus und präsentierten ihre Ergebnisse im Plenum. Gerade dieser letzte Teil fand großen Anklang bei den Anwesenden. Ganz konkret konnten sie die Vielzahl der Recherchemöglichkeiten, die die Quellenbestände der staatlichen Archive für die Provenienzforschung bereithalten, erleben, erfuhren aber auch die teils äußerst mühsame Suche nach kleinsten Puzzleteilchen.

Die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen im Verbund Provenienzforschung Bayern nimmt weiterhin eine wichtige Rolle im Aufgabenspektrum der Staatlichen Archive Bayerns ein. Deshalb freut sich das Staatsarchiv Würzburg, dass auch für 2020 ein Zertifikatskurs mit einem Modul in Würzburg geplant ist.

Hannah Hien

Archivausbildung für die 2. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft, fachlicher Schwerpunkt Archivwesen hat begonnen

Am 1. September hat für vier Anwärtinnen und zwei Anwärter der Vorbereitungsdienst für den Einstieg in die 2. Qualifikationsebene (QE) der Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft, fachlicher Schwerpunkt Archivwesen, an der Bayerischen Archivschule begonnen.

Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgte wieder in zwei Schritten: nach dem obligatorischen Auswahlverfahren beim Landespersonalausschuss mussten sich die Bewerberinnen und Bewerber einem strukturierten Interview unterziehen. Dazu wurden 200 Bewerberinnen und Bewerber (davon 93 männlich und 107 weiblich) in der Reihenfolge ihrer Platzziffer beim Auswahlverfahren angeschrieben und zu einem strukturierten Interview eingeladen, an dem 17 Bewerber und 16 Bewerberinnen teilgenommen haben. Daraus ging der jetzt laufende Kurs hervor.

Die zweijährige duale Ausbildung für die 2. QE umfasst insgesamt 959 Unterrichtsstunden, die auf 4 Abschnitte aufgeteilt sind. Die Ausbildung erfolgt sowohl zum Archivar / zur Archivarin und zum Verwaltungsbeamten / zur Verwaltungsbeamtin. Daher umfasst der Unterricht auch Öffentliches Dienstrecht sowie Wirtschafts- und Haushaltswesen. Ein besonderes Gewicht liegt auf der elektronischen Schriftgutverwaltung und der Archivierung digitaler Informationen. Vertieft behandelt wird das im Unterrichtsfach „Erschließung digitalen Archivguts“. Die Praktika finden in bewährter Art und Weise im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, im Staatsarchiv München, im Stadtarchiv München sowie im Archiv des Erzbistums München und Freising statt. Ergänzend werden Archive anderer Archivsparten in ganz Bayern besucht.

Margit Ksoll-Marcon

Personalia und Interna

Dr. Ksoll-Marcon neuer Vorstand des Beirats des Hauses der Bayerischen Geschichte

Prof. Dr. Manfred Tremel, der über viele Jahre dem Beirat des Hauses der Bayerischen Geschichte vorstand, legte sein Amt nieder. Auf seinen Vorschlag, dem sich der Leiter des Hauses der Bayerischen Geschichte Dr. Richard Loibl anschloss, wählte der Beirat in seiner Sitzung vom 5. November 2019 Dr. Margit Ksoll-Marcon zur neuen Vorsitzenden.

Michael Unger

Untergärig oder obergärig? Das ist hier die Frage

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns nahmen

dieses Jahr am Betriebsausflug des Bayerischen Hauptstaatsarchivs teil. Die Fahrt ging nach Regensburg. Neben der Besichtigung des neuen Museums der Bayerischen Geschichte, des Stadtarchivs Regensburg und zahlreicher Sehenswürdigkeiten war auch das St. Katharinenhospital in Stadtmhof ein Ziel.

Der Leiter des Spitalarchivs, Dr. Artur Dirmaier, begrüßte die Gruppe. Er gab einen Überblick über den Baukomplex, der im 13. Jahrhundert begründet wurde und eine vielschichtige, reiche Vergangenheit aufweist. Die Stiftung wurde von Regensburgern für Regensburger, jedoch auf der anderen Donauseite und damit außerhalb des Stadtgebiets errichtet. Sie diente und dient heute noch ausschließlich und unmittelbar mildtätigen Zwecken. Dokumentiert wird die Geschichte im Spitalarchiv, dessen Überlieferung bis in die Anfänge zurückreicht. Wichtigste Bereiche neben dem Archiv sind



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und des Bayerischen Hauptstaatsarchivs mit Dr. Artur Dirmaier (rechts) (Foto: Isabel Käser, St. Katharinenhospital, Regensburg).

das Seniorenheim, die Brauerei, der Spitalforst und die Pfarrei.

Isabel Käser M.A. führte die Gruppe durch die Brauerei, die vor wenigen Jahren unter Beibehaltung der historischen Gebäude zu einem hochmodernen Betrieb umgebaut wurde. Sie erklärte ausführlich den Brauvorgang, die Eigenschaften von dunklem und hellem und von Sommer- und Winterbier. Das Bier wird von alters her nach dem bayerischem Reinheitsgebot gebraut und besteht aus Hopfen, Wasser, Getreide und Hefe. Die Mälzung des Getreides beeinflusst die Geschmacksrichtungen und hängt letztendlich vom Geschick und der Erfahrung des Braumeisters ab. Verschiedene und wechselnde Biersorten werden gebraut, auch typisch untergärige Biere, wie Pils, Export, Märzen und Lager. Untergärig bedeutet, dass die Hefe nach der Gärung nach unten sinkt. Dagegen bleibt obergärige Hefe oben und benötigt auch etwas wärmere Temperaturen, daraus entstehen z.B. Weizenbiere, Pale Ale oder Altbier.

Nach der sehr detailreichen Brauereiführung vom Brauen des Bieres bis zur Abfüllung lud Isabel Käser die Gruppe zur Verkostung der verschiedenen Biersorten ein, was sehr großen Anklang fand und den Besuch zu einem Erlebnis machte.

Karin Hagendorn

7,4 km, 38° C und sieben Würzburger Archivare beim Firmenlauf WUE2RUN®

Am 26. Juni 2019 absolvierten sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatsarchivs Würzburg erfolgreich den Firmenlauf WUE2RUN® in Würzburg. Die Idee, sich als Team der Herausforderung eines Langstreckenlaufs zu stellen, war etwa ein Jahr zuvor entstanden. Das vom Personalrat organisierte Projekt wurde von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses unterstützt. Immerhin acht Kolleginnen und Kollegen erklärten sich dann bereit, tatsächlich auf die Strecke zu gehen. Zur Vorbereitung gab es regelmäßig gemeinsame Trainingseinheiten und auch, wer alleine übte, wurde von den anderen aus der Ferne motiviert.

Aufgrund der extrem heißen Temperaturen am Entscheidungstag wurde die Startzeit auf ca. 20:45 Uhr verschoben. Der Firmenlauf wurde in einen „Sommernachtslauf ohne Wettkampfcharakter“ umgewandelt. Von den acht gemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Staatsarchivs gingen letztlich sieben an den Start im Dallenbergbad. Die 7,4 km lange Strecke entlang des Mains bewältigten sie in 38 bis 50 Minuten. Das Staatsarchiv Würzburg gratuliert den Läuferinnen und Läufern zu dieser Meisterleistung!

Christina Oikonomou



V.l.n.r. Christina Oikonomou, Hannah Hien, Jörgen Michalzik, Florian Zwießler, Steffen Kleinheinz, Theresa Jordan, Johannes Först und Gordana Schlötzer (Foto: Martina Zwießler-Dorsch).

Neue Veröffentlichungen

Fortsetzung des Reichskammergerichtsinventars: Band P und Q erschienen

Der 20. Band, der im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekts erstellt wurde, umfasst 543 Prozesse, die von klagenden Parteien mit dem Anfangsbuchstaben P angestrengt wurden, dazu vier weitere von Klägern, deren Name mit Q beginnt.

Die mit Abstand größte Gruppe bilden die 156 Prozesse der Reichsmarschälle von Pappenheim (vgl. Inventarnr. 8438–8594). Überwiegend sind die Besitzkomplexe um Grönenbach, Rothenstein und Kalden – hier häufig wegen Leibeigenschaft –, Biberbach, Hohenreichen und Wertingen, Pappenheim, Treuchtlingen und Markt Berolzheim betroffen, dazu zehnmal das Rittergut Schnodsenbach im Steigerwald und siebenmal das Städtchen Eibelstadt bei Würzburg. Nicht wenige Streitigkeiten wurden innerhalb der Familie ausgetragen (vgl. Inventarnr. 8544–8567). Besonders erwähnt seien drei Prozesse um die der Hexerei besagte Cäcilia von Pappenheim, gegen die in Schwabach ein Hausarrest verhängt und ein Inquisitionsverfahren betrieben wurde (vgl. Inventarnr. 8461, 8463, 8464).

Das Hochstift Passau ist mit 25 (vgl. Inventarnr. 8602–8626), die Stadt Passau mit 19 Prozessen (vgl. Inventarnr. 8630–8648) vertreten. Viele Auseinandersetzungen beschäftigen sich mit Salzhandel, Maut, auch Geleit. Streitfälle zwischen Stadt und Bischof kommen ebenfalls vor. An vier Prozessen sind die Untertanen im Land der Abtei beteiligt, die in den 1580er Jahren ihren Beitrag zur Türkensteuer verweigerten (vgl. Inventarnr. 8624, 8627–8629).

Größere Komplexe stellen das Fürstentum Pfalz-Neuburg mit 71 (vgl. Inventarnr. 8743–8813) und das Kurfürstentum Pfalz mit 41 Prozessen (vgl. Inventarnr. 8696–8736) dar. Mit Erbstreitigkeiten unter pfälzischen Wittelsbachern befassen sich fünf Verfahren (vgl. Inventarnr. 8733, 8739, 8740, 8816 und 8817).

Als Universalerbe des Grafen Heinrich Wolfgang Geyer von Giebelstadt sah sich König Friedrich Wilhelm I. von Preußen zu vier Klagen am Reichskammergericht veranlasst (vgl. Inventarnr. 8936–8939). Die Grafen von Pückler-Limpurg wandten sich insbesondere wegen ihrer aus den limpurgischen Teilungen hervorgegangenen fränkischen Besitzungen an das Reichskammergericht (vgl. Inventarnr. 8957–8964).

Die Reichsritterschaft ist als klagende Partei im vorliegenden Band nur mit den Familien Pölnitz und Pünzendorf (4 bzw. 2 Fälle) vertreten. Ein umfangreicher Prozessakt betrifft die Klage der Gemeinde Polsingen gegen Konstantin von Woellwarth, einen Angehörigen der schwäbischen Reichsritterschaft, wegen gesteigerter Abgaben und Leistungen sowie vorenthaltener Gerechtigkeiten (vgl. Inventarnr. 8903). Stärker tritt der bayerische und oberpfälzische Adel mit den Familien Paulsdorf, Pienzenau, Parsberg und Preysing (10, 4, 3 bzw. 2 Fälle) in Erscheinung, dazu die Pütrich aus München (3 Fälle). Die Pfinzing, Petz und Pömer (11, 5 bzw. 1 Verfahren) entstammen dem gerichtsfähigen bzw. patrizischen Bürgertum Nürnbergs. Die Peutinger, darunter Konrad Peutinger mit einer Klage auf Zahlung von Anwaltskosten, die Pimmel und Pfister (2, 2 bzw. 1 Verfahren) repräsentieren das Augsburger Patriziat.

Die Inventarisate werden durch einen Orts- und Personenindex, einen Prokuratorenindex, einen Index der Vorinstanzen, Juristenfakultäten und Schöffensstühle, einen Sachindex sowie ein chronologisches Verzeichnis der Prozesse nach ihrem Beginn am Reichskammergericht erschlossen.

Thomas Engelke (Bearb.) Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Reichskammergericht Band 20. Nr. 8430–8976 (Buchstaben P und Q) (Bayerische Archivinventare 50/20), München 2019, XII und 742 Seiten (ISBN 978-3-938831-65-6).

Manfred Hörner

Alle „Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns“ seit 1971 online

Neu erscheinende Hefte der „Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns“ sind bereits seit längerem parallel zur Druckfassung als pdf-Datei über die Homepage der Staatlichen Archive Bayerns abrufbar (<https://www.gda.bayern.de/publikationen/nachrichten-aus-den-staatlichen-archiven-bayerns/>). Seit Sommer 2019 sind auch die älteren Hefte (1/1971 bis 40/1996) digital verfügbar.

Neue Veröffentlichungen

Jahresbericht

Staatliche Archive Bayerns – Jahresbericht 2018, hrsg. von Margit Ksoll-Marcon, München 2019 (ISBN 978-3-938831-91-5), 62 Seiten, Farbbabb.



Graphische Gestaltung: Gestaltungsbüro Hersberger sgd, München

Archivinventare

Verzeichnis der Nachlässe im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, bearb. von Sylvia Krauß in Zusammenarbeit mit anderen (Bayerische Archivinventare 58), München 2019 (ISBN 978-3-938831-88-5), 696 Seiten, sw. Abb.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Reichskammergericht Band 20. Nr. 8430–8976 (Buchstaben P und Q), bearb. von Thomas Engelke (Bayerische Archivinventare 50/20), München 2019 (ISBN 978-3-938831-65-6), XII und 742 Seiten.

Ausstellungskataloge

Fabrikkinderarbeit in Bayern im 19. Jahrhundert. Eine Ausstellung der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Archiv- und Bibliothekswesen, Fachrichtung Archivwesen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, 24. September – 7. November 2019, bearb. von Andreas Fräsch, München 2019 (Geheft).

Naturschutz in Bayern vor 1979. Aktionen und Akteure. Eine Ausstellung der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Archiv- und Bibliothekswesen, Fachrichtung Archivwesen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, 19. November 2019 – 10. Januar 2020, bearb. von Andrea Kurzböck, München 2019 (Geheft).

Sonderveröffentlichungen

Kleine Archivalienkunde in Beispielen, erarbeitet von Joachim Wild (Sonderveröffentlichungen der Staatlichen Archive Bayerns, 15), München 2019 (ISBN 978-3-938831-90-8), 72 Seiten.

Hinweise

Nataša Budna Kodrič, Barbara Pešak Mikec (†) mit Illustrationen von Tina Brinovar, Die Maus Mitza und der Brief von Leopold an Rosalia (Stadt- und Stiftarchiv Aschaffenburg, Sonderpublikationen), Neustadt an der Aisch: Verlag Ph.W.C. Schmidt 2019, ISBN 978-3-87707-160-1, 32 ungezählte Seiten [Kinderbuch aus dem Slowenischen, erschienen dort 2014, für Erstleser, das für diese Zielgruppe Basiserläuterungen zu Archiven gibt].

Terminvorschau

23. Januar – Ende Februar 2020

Staatsarchiv Amberg: Grund und Boden – hoch geschätzt. Die Bodenschätzung in der Oberpfalz. Eine Ausstellung in Kooperation von Staatsarchiv Amberg, Finanzamt Weiden und Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Amberg.

21. Januar – 8. März 2020

Bayerisches Hauptstaatsarchiv: Weiß-roter Adler und weiß-blauer Löwe. Polnisch-bayerische Begegnungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Eine Ausstellung der Bayerischen Archivschule.

10. Tag der Archive im März 2020

„Kommunikation. Von der Depesche bis zum Tweet“

Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Samstag, 7. März 2020, 10–17 Uhr: U.a. Lese- und Interpretationshilfe für mitgebrachte private Schriftstücke; zusammen mit dem Stenographen-Zentralverein Gabelsberger e.V. in München für Dokumente in der Deutschen Einheitskurzschrift oder im Kurzschriftsystem Gabelsberger – „Post aus der Vergangenheit“ – Präsentation von herausragenden archivalischen Quellen im Lesesaal – Recherchieren im Bayerischen Hauptstaatsarchiv – Von der Registratur ins Archiv? Übernahme, Erschließung und Konservierung von Unterlagen der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen – Kurzvorträge: Vorstellung des Nachlassverzeichnisses, Provenienzforschung/NS-Kunstraub – Führungen durch die Restaurierungswerkstatt (Anmeldung erforderlich) – „Archivgut auf 35 mm: Das Programm der Bundessicherungsverfilmung“ (Führungen durch die Fotowerkstatt)

Staatsarchiv Amberg – Samstag 7. März 2020, 10–14 Uhr: Vorträge zur Geschichte der Post in der Oberpfalz und zu einschlägigen Beständen mit Archivalienpräsentation, öffentliche Führungen

Staatsarchiv Bamberg – Freitag, 6. März 2020, 16.00–17.30 Uhr: Führung durch das Staatsarchiv Bamberg mit Präsentation ausgewählter Archivalien zum Thema „Kommunikation“

Staatsarchiv Coburg – Montag, 9. März 2020: Feierabendführung zum Thema „Kommunikation“ (Beispiele: Bundesgrenzschutz – Verständigung über Grenzen hinweg, inkl. eines Feldtelefons; Die

Gründung des ersten deutschen Radio-Vereins im Jahr 1919 in Coburg)

Staatsarchiv Landshut – Montag, 9. März und Dienstag, 10. März 2020: Feierabendführungen

Staatsarchiv München – Samstag, 7. März 2020, 12–19 Uhr: „Lug und Trug“ (14 Uhr: Kleiner Ausschnitt aus Carl Orffs *Astutuli* mit dem Ensemble des Münchner Marionettentheaters; ab 14.45 Uhr: Der Schauspieler Winfried Frey liest aus den Akten zu außergewöhnlichen Betrugsfällen aus Oberbayern; Führungen, Bücherbazar).

Staatsarchiv Würzburg – Freitag, 6. März 2020 gemeinsamer Tag der Würzburger Archive, Veranstaltungsort: Diözesanarchiv Würzburg (Domerschulstr. 17); voraussichtlich 14–20 Uhr

Detaillierte Veranstaltungsprogramme:

www.gda.bayern.de; www.tagderarchive.de/

Das *Staatsarchiv Augsburg* bietet anlässlich von „Augsburg open“ (26.–29. März 2020) ein besonderes Programm an.

März/ April 2020

Bayerisches Hauptstaatsarchiv: Der Krieg von 1870/71. Eine Ausstellung der Bayerischen Archivschule (Arbeitstitel).

23. April – Juni 2020

Brief und Siegel (siehe Umschlagrückseite).

22./23. Mai 2020

Lange Nacht der Residenz in Würzburg, *Staatsarchiv Würzburg*: Ausstellung Würzburger Residenz (1720–2020) – 300 Jahre Baubeginn (Arbeitstitel; Präsentationsdauer Mai/Juni).

Mai/ Juni 2020

Bayerisches Hauptstaatsarchiv: Wohnungsnot in den Städten. Eine Ausstellung der Bayerischen Archivschule (Arbeitstitel).

ab Juni 2020

100 Jahre Coburg bei Bayern, *Staatsarchiv Coburg*

Impressum

Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

80501 München • Postfach 22 11 52 • Tel. (089) 28638-2482 • Fax (089) 28638-2615

E-Mail: poststelle@gda.bayern.de

Redaktion: Dr. Laura Scherr unter Mitarbeit von Claudia Pollach

Umschlag, Satz und Gestaltung: Karin Hagendorn

Umschlag vorne, v.l.n.r.: Dr. Vanessa Greger, Bayerisches Staatsministerium für Digitales, Dr. Markus Schmalzl, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Dr. Margit Ksoll-Marcon, Generaldirektorin der Staatlichen Archive, Judith Gerlach, MdL, Bayerische Staatsministerin für Digitales, M.C.Sc. Michael Kirstein und Dr. Michael Puchta, beide: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, s. Bericht S. 6).

Umschlag hinten: Goldbulle Kaiser Heinrichs VII., 1313 (Staatsarchiv Nürnberg, Reichsstadt Nürnberg, Kaiserliche Privilegien 15), zerbrochener Richterstab (Staatsarchiv Augsburg, Herrschaft Waal, Amtsbücher und Akten 587), Siegeltypar (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Typarsammlung 323) (Fotos: Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr. Daniel Burger M.A. (vertretungsweise im Staatsarchiv Amberg, sonst Staatsarchiv Nürnberg). – Dr. Helmut Demattio M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Thomas Engelke M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Prof. Dr. Peter Fleischmann (Staatsarchiv Nürnberg). – Joachim Glasner (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Bernhard Grau M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Sarah Hadry M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Karin Hagendorn (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Johannes Haslauer M.A. (Staatsarchiv Bamberg). – Dr. Hannah Hien M.A. (Staatsarchiv Würzburg). – Dr. Manfred Hörner (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Rainer Jedlitschka M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Dr. Claudia Kalesse M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Dr. Christian Kruse (Staatsarchiv Bamberg). – Dr. Gerd Krüger M.A. (Staatsarchiv München). – Dr. Margit Ksoll-Marcon M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Andreas Nestl (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Christina Oikonomou M.A. (Staatsarchiv Würzburg). – Dr. Thomas Paringer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Johann Pörnbacher M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Alexandra Risse M.A. (Staatsarchiv München, jetzt: Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Mag. Dr. Laura Scherr (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Johannes Staudenmaier M.A. (Staatsarchiv Bamberg). – Johannes Stoiber (Staatsarchiv Landshut). – Dr. Michael Unger M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Monika von Walter M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Susanne Wolf M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Alexander Wolz M.A. (Staatsarchiv Coburg).

Der Text dieses Heftes ist im Internet abrufbar: <http://www.gda.bayern.de>

ISSN 0721-9733

Druck: Grafik und Druck GmbH Peter Pöllinger, Landsberger Str. 318a, 80687 München

Mit der Annahme eines Beitrags zur Veröffentlichung erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns als Verlag, Herausgeber und Redaktion alle ausschließlichen Vertragsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung des Beitrags in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online und offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version des Beitrags erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns ohne zeitliche Begrenzung. Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch die Übersetzung in andere Sprachen, die Auswertung der Datenträger, die Vervielfältigung jeder Art oder der Nachdruck von Beiträgen bleiben vorbehalten. Es bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung der Redaktion.

BRIEF und SIEGEL

(23. April –
Juni 2020)

**Glaubwürdigkeit und
Rechtskraft,
gestern und heute**

Im Zentrum der Ausstellung stehen Rechtskraft und Rechtsfähigkeit. Wer besaß zu welcher Zeit Rechtsfähigkeit? Wer durfte siegeln, zeichnen, unterschreiben? Wer brach wann über wen den Stab? Welche Rechtsbereiche gab es? Warum brauchen wir überhaupt rechtserhebliche Dokumente? Der zeitliche Rahmen der Ausstellung erstreckt sich vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Zahlreiche Exponate beleuchten die Rechtsstellung der Frau.



Ausstellung der Staatlichen Archive Bayerns im
Bayerischen Hauptstaatsarchiv
80539 München, Ludwigstraße 14